# INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Nr. 271 27. Januar 1994

## Vorwort

"Autonome auf dem Weg ins 21. Jahrhundert" - so lautet das Motto für den überregionalen autonomen Kongress, der für Anfang Oktober in Berlin geplant ist. Diskutieren, Leute treffen, vielleicht ein paar Aktionen, aber auch Feiern und Spaß haben - wem wird da nicht warm ums Herz? Auf der anderen Seite wurde in den letzten jahren auch an der Interim deutlich, daß das Bedürfnis nach Diskussion, Utopien und revolutionären Perspektiven, aber auch der Zusammenhalt der autonomen Szene stark abgenommen haben. So erhoffen wir uns, daß mit der konkreten Idee des Kongresses diese Mängel überwunden werden können und sich dies natürlich auch in der Interim widerspiegelt.

Drei gelungene Aktionen an einem Tag - das gab es in Berlin schon lange nicht mehr (naja, die eine war eher in Potsdam) . Letzten Donnerstag wurde das mexikanische Konsulat besetzt, eine Pressekonferenz der "Jungen Freiheit" verhindert, und der Mißbrauch-Kongress abgebrochen. Außer zur Konsulatsbesetzung findet ihr Beiträge dazu im Heft.

Es gibt eine Kritik an der Veröffentlichung der Adressen der "Junge-Freiheit"-AbonnetInnen durch die Interim. Wir weisen deshalb nochmal darauf hin, daß nicht alle in dieser Liste enthaltenen Personen Nazis sind. Unter ihnen befinden sich auch einige JournalistInnen und Antifas. An den Schreiber des Briefes: Wir wußten nicht, ob du wolltest, daß dein Brief mit deinem vollen namen erscheint, vorsichtshalber haben wir ihn weggelassen.

Durch die Pressemitteilung zum Knatsch bei SOS Rassismus fühlen wir uns nicht besonders gut informiert, wir könnten uns vorstellen, noch weitere Mitteilungen zu veröffentlichen, wenn sie uns zugehen sollten.

Anfang Februar wird im SO 36 der Film "Beruf: Neonazi" gezeigt. Wir hoffen, daß diese Gelegenheit genutzt wird, über diesen und ähnliche Filme zu diskutieren.

**Inhalt**



**Ordner:**

- Formblatt zur Unterstützungsunterschrift für die Unregierbaren - Autonome Liste
- Demo in Herne (zu spät)
- Widerstand in Bad Lauterberg
- Genmonopoly
- Informations- und Kommunikationstechnologien (aus "FIFF" 4/93)


**Impressum**

**Herausgeberin:**
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

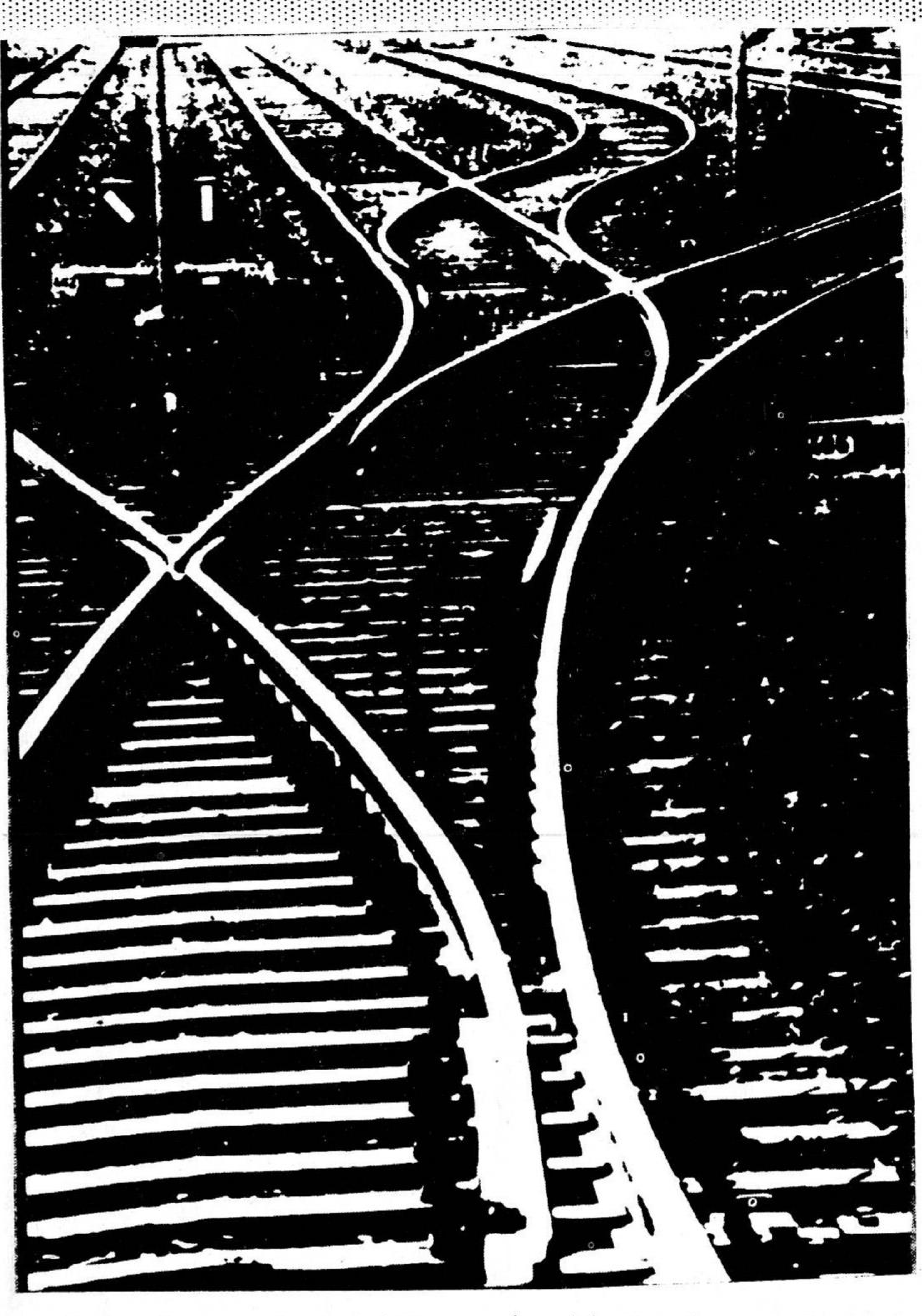
**Redaktionsanschrift:** s. o.

**V.I.S.d.P.:** Charlotte Schulz

**Gesamtherstellung:**
Eigendruck im Selbstverlag

# Autonome auf dem Weg ins 21.Jahrhundert

## "GrundRisse" autonomer Politik



**S**o, oder so ähnlich könnte das Motto eines autonomen Kongresses lauten, der im Herbst diesen Jahres in Berlin stattfinden soll. Als Datum spricht vieles für das verlängerte Wochenende 1., 2. und 3.Oktober (Samstag, Sonntag und Montag als Feiertag).

**Mit dieser Veröffentlichung verläßt die Kongreßidee unsere "internen" Strukturen und ist damit zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden, die ihr mitentscheiden könnt, aber auch mitverantworten müßt.**

Kurz zur Vorgeschichte: entstanden ist die Idee aus einer Gruppe von Menschen aus verschiedenen autonomen Zusammenhängen und Einzelpersonen, die sich wegen des vorhersehbaren Desasters des letzten 1.Mai kurz vor dem 1.Mai bildete (das sogenannte "autonome Mai-Plenum") und die sich auch noch danach regelmässig traf. Da an diesem 1.Mai '93 exemplarisch "uns" unsere derzeitige Inhaltsleere und fehlende Substanz als sich kollektiv organisierende Kraft auf die Füße fiel, begannen wir eine Diskussion, was "uns" eigentlich substanziell von den ML-Gruppen unterscheidet. Außerdem wurden verschiedenste Möglichkeiten diskutiert, ob und wie wir den nächsten ersten Mai wieder in unserem Sinne gestalten können. Dabei kam unter anderem die Idee auf, den nächsten 1.Mai mit einen autonomen Kongreß zu verbinden, daß die Demo sozusagen als Abschlußveranstaltung des Kongresses wieder deutlich Ausdruck von undogmatischen, libertären und autonomen Inhalten sowie Lebens ist.

Deutlich wurde uns bei der Diskussion auch, daß die derzeitige Krise keine Frage von einer einfachen *"Neuordnung der Parolen"* ist und auch nicht durch das Ausmachen neuer Feinde und ihrer Bekämpfung zu lösen ist, sondern es zuerst mal einer schonungslosen Aufarbeitung unserer eigenen Erfahrungen, Politik, Fehler und Erfolge der letzten Jahre bedarf.

Wir wollen explizit einen Kongreß machen, in dem *"wir" über "uns" und "uns" in Bezug auf die uns umgebende Gesellschaft reden und diskutieren.* Und nicht die xte Auflage einer Aufzählung aller Gemeinheiten und Bösartigkeiten der Welt, der wir unser "anti" entgegenschleudern. Das dies eben nicht ausreicht, müßte so langsam klar sein. Es geht uns darum, uns über substanzielle Punkte und Inhalte zu verständigen, die mehr sind als eine pure Negation des Bestehenden.

Bei mehreren "internen" Treffen stellte sich das grundsätzliche Interesse an einem solchen Kongreß als ausreichend genug heraus, diese Idee nun konkret anzugehen. Eine große Mehrheit meinte, daß ein Kongreß unsere Probleme mit dem 1.Mai nicht löst und deshalb die Kongreßidee vom 1.Mai zu entkoppeln ist. Außerdem waren vielen die vier Monate Vorbereitungszeit zu kurzfristig und zeigten sich überzeugt, daß bis Herbst mehr ausgearbeitete Beiträge zu erarbeiten sind.

**Nach langen Diskussionen haben wir uns wegen der Grundsätzlichkeit der Fragestellungen für einen überregionalen, bundes-weiten Kongreß entschieden,** obwohl von einigen eine regionale Ausrichtung favorisiert wurde; einerseits wegen der besseren Überschaubarkeit der Aufgabe und um die regionalen Strukturen zu stärken. Dies ist im wesentlichen der augenblickliche Stand der Diskussion Mitte Januar.

Bei den ersten Treffen zur Diskussion der Kongreßidee zeigte sich, daß es bereits eine ganze Menge an Themenvorstellungen gibt; zum Teil konkrete

Fragestellungen, zum Teil auch nur Stichworte, zu denen sich die genaue Fragestellung noch ergeben müßte.

**Mit einer ausdrücklichen Vorstellung der einzelnen Diskussionsvorschläge wollen wir warten, bis wir eure Reaktionen haben und bis klarer ist, wer sich um die Vorbereitung der einzelnen Themen kümmert.**

Jetzt wollen wir nur umreißen, aus welchen Bereichen die Fragen kommen um euch deutlich zu machen, welche Erwartungen es bisher an den Kongreß gibt, und um eure Phantasie anzuregen, damit ihr eure eigenen Themen, Thesen und Fragestellungen einbringt.

## 1. Autonome Strukturen;

dies bedeutet oftmals Unorganisiertheit, Bewegungsabhängigkeit, Unerreichbarkeit nach außen - geschlossene, quasi familiäre Gruppenstrukturen, verdeckte Hierarchien, dörflicher Tratsch und Klatsch nach innen. Wie können wir zu solidarischen, nicht-repressiven, konfliktfreudigen und offenen Strukturen untereinander kommen?
**Stichworte:** das "Weggehen" und das Auseinanderfallen von Gruppen; Fehler machen und Verantwortung übernehmen; Geldranschaffenals Alltagsproblem; autonomer Konsum; autonome Wundergläubigkeit (z.B. in der Homöopathie); Verhältnis zu den Gefangenen; Ost-West-Probleme unter den Autonomen.

## 2. Autonome Geschichte;

die autonome Bewegung hat eine Geschichte in der StudentInnenbewegung der 60er Jahre, der Sponti-Bewegung und Anti-AKW-Bewegung der 70er Jahre und den militanten Gruppen dieser Zeit. Für viele der heute 20-jährigen sind aber auch die Häuserkämpfe der 80er Jahre schon wieder Teil der Geschichte. Wie lernen wir aus (unseren) Erfahrungen, wie geben wir Erfahrungen weiter?
**Stichworte:** linke Geschichte seit '68; Erfahrungen aus der Geschichte von RAF, RZ und 2 Juni; antiautoritäre Erziehung; Generationskonflikte unter den Autonomen; Geschichtsbilder in den Schulen.

## 3. Autonome Theorie;

nach allgemeinem Verständnis gibt es die bisher nicht, wohl aber den Bezug auf andere Gesellschaftstheorien. Der (kritische) Bezug auf sie bzw. die Abgrenzung von ihnen umreißt sehr vage den politischen Standort der Autonomen. Schaffen wir es, autonome Politik mehr als bisher auf den Begriff zu bringen und diskutierbar zu machen?
**Stichworte:** Patriarchat; triple oppression; Toyotismus (nach K.H.Roth); Stalinismus-Kritik; Veganismus; Autonomie - als Verhaltensprinzip zur politischen Kraft.

## 4. Autonome Politikfelder;

sie sind der praktische Ausdruck unserer Gesellschaftskritik, dabei geraten wir leicht in die Gefahr, die Rolle eines gesamtgesellschaftlichen Gewissens zu übernehmen; stellvertretend für andere zu handeln und so autonome Grundsätze zu verlassen. Was erfordert die gesellschaftliche Situation an praktischem Verhalten und wie kann das rückbezogen werden auf das Autonomie-Prinzip, das wir gesellschaftlich vertreten wollen? (Stichworte: Umstrukturierung und eigene Utopien; gesellschaftliches Roll-Back gegen Frauen(Frauenarbeitsgruppe); Antirassismus und soziale Frage; Mobilität und Verkehrspolitik; Antifa-Strategie; Situation an der deutschen Ostgrenze; Kritik der autonomen Anti-Golfkriegs-Politik; Internationalismus und autonomes Selbstverständnis.

## 5. Autonome Außendarstellung;

hat bisher meist Signalcharakter. Die Haßkappe ist zum Symbol für das Dagegen-Sein geworden.
Aber wofür sind wir und wie tragen wir das nach außen?
**Stichworte:** Medienmacht und der autonome Umgang damit; autonomer Forderungskatalog zu gesamtgesellschaftlichen Problemen.

Wir gehen davon aus, daß es aufgrund eurer Vorschläge weitere eigenständige Themenbereiche geben wird, die hier noch nicht auftauchen. Ganz sicher wird es einen Komplex zu antipatriarchalen/feministischen Fragen geben (Frauen-/Männer-/Gemischte Gruppen), wozu uns aber bisher noch keine konkreten Vorschläge vorliegen. Auch über Beiträge von GenossInnen, die nicht so einfach als VertreterInnen ihrer Organisation bzw. Zusammenhänge öffentlich auftreten können, würden wir uns freuen.

Außerdem soll während des Kongresses viel Platz zum Kennenlernen, Reden, zum Essen, Feiern, für Konzerte, Lesungen und alle möglichen kulturellen Beiträge sein.

**Schreibt uns eure Kritik, eure Vorschläge oder eure Ankündigung für eure eigene Beteiligung.**

Ungefähr Mitte März wollen wir eine erste detaillierte Themenliste veröffentlichen. Was bis Anfang März an Reaktionen da ist, können wir dabei berücksichtigen.

**das Vorbereitungsplenum am 18.1.94**

**Unsere Kontaktadresse lautet:**

**Kongreßini**
**c/o Mehringhof**
**Gneisenaustr. 2a**
**10961 Berlin**

P.S.: Es ist klar, daß wir die anfallenden organisato rischen Aufgaben nicht alleine tragen können und deshalb auf deine/eure Mitarbeit angewiesen sind. Kontaktaufnahme bis auf weiteres auch über obige Adresse.




*Schlaflose Nächte*

**Die Metapolitik des Frauenstreiks '94 oder:**

## Am 8. März koche ich nur für meinen Deserteur!

Wir, die Schlaflosen Nächte, sind eine autonome feministische Gruppe aus München und haben die Frauen/Lesben-Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel '92 mitgetragen. Unser Anliegen bei der Mobilisierung war, auch über den eigentlichen Anlaß Weltwirtschaftsgipfel hinaus zu neuen Diskussionen und einer weiterführenden Praxis in der Frauen/Lesben-Bewegung zu kommen. Das ist leider nur in Ansätzen gelungen.

Obwohl Frauen/Lesben während der Aktionstage in München mit feministischen Inhalten massiv und unübersehbar präsent waren, fand diese Kraft fast keine Fortsetzung in daran anknüpfenden Auseinandersetzungen und weiteren gemeinsam bestimmten Aktivitäten.

So waren auch wir - wie viele andere - in der Situation, der Änderung des Asylrechts und dem 218-Urteil nur in vereinzelter Aktion entgegentreten zu können.

Der Zeitpunkt, Frauen in größerem Rahmen zum Handeln aufzurufen, ist längst überfällig; deshalb haben wir uns über die Initiative zum Frauenstreik '94 sehr gefreut. Mit der Absicht, uns am 8. März '94 aktiv zu beteiligen, arbeiten wir im Münchner Streikplenum mit.

Allerdings stehen wir dem bundesweiten Streikaufruf sehr kritisch gegenüber. Wir wollen diese Kritik formulieren, einander zuhören, um die Inhalte streiten, vermeiden wollen wir Polarisierung und Verharren in vorgefaßten Bildern. Eine offene Auseinandersetzung über die Unterschiedlichkeit der Standpunkte sehen wir als Voraussetzung für Aktionen, die Gemeinsamkeit nicht nur postulieren, sondern tatsächlich darauf basieren.

Offensichtlich ist es Ziel des Aufrufs, ein möglichst breites gesellschaftliches Spektrum anzusprechen. Nur so ist ein derartig allgemein und diffus gehaltener Aufruf zu verstehen. Der Versuch, durch inhaltliche Uneindeutigkeit keine auszugrenzen, bewirkt das Gegenteil, indem er faktisch diejenigen ausgrenzt, für die eine klare Benennung politischer Ziele Grundlage einer solchen Aktion überhaupt sind.

Weder das Kaffeekochen für einen Mann noch das Lächeln per se kann Zentrum der Kritik sein, ohne das gesellschaftliche System, das Frauen zu solchen Handlungen nötigt, zu benennen. Und wenn wir schon beim Kaffeekochen sind: Wo bleibt die Solidarität mit den Frauen und Männern, die uns die Kaffeebohnen pflücken müssen? Wo bleibt die Kritik an dieser Ausbeutung?

Die bewußte Vieldeutigkeit des Aufrufs, der weder Unterdrückungsmechanismen noch Machtkonstellationen beim Namen nennt, ermöglicht es jeder, den Inhalt gemäß ihrer Interessen zu interpretieren. Somit kann (soll?) sich eine Frau am Frauenstreik beteiligen, der vor allem an ihrem «Aufstieg in eine gutbezahlte Position»* gelegen ist, die jedoch die faktische Abschaffung des Asylrechts durch die Grundgesetzänderung sehr wohl befürwortet. Neben dieser Frau steht eine andere, die die Willensbekundung nach gleichberechtigtem, angstfreiem und sicherem Leben für Flüchtlinge als Forderung nach offenen Grenzen interpretiert. Beide Frauen sind durch den bundesweiten Aufruf mobilisiert und sollen am 8. März ihre «Gemeinsamkeit und Solidarität bekunden».

Welche Zielrichtung kann dieser Streik haben, was kann er an gesellschaftlicher Veränderung bewirken, wenn solch konträre Positionen in Aktionen ihren Ausdruck finden, die politische Grundhaltung aber beliebig ist? Wie soll sich aus dieser Beliebigkeit eine Perspektive für längerfristige gemeinsame Handlungsfähigkeit von Frauen/Lesben entwickeln?

Der gedankliche Rahmen des Aufrufs beschränkt sich auf Deutschland. Weder innerhalb geschweige denn jenseits der Nationalgrenzen werden Lebensbedingungen differenziert. Auch der EG-Binnenmarkt wird nur in Bezug auf den Verlust deutscher Frauenarbeitsplätze gestreift. Der Streikaufruf richtet sich gegen die Folgen der «Wiederherstellung eines großen Deutschlands». Daß der Anschluß der DDR für die Menschen im Osten Deutschlands andere Konsequenzen nach sich zieht als im Westen, wird ausgeblendet.

Die sogenannte Wiedervereinigung ging einher mit dem Zusammenbruch der Staaten des realexistierenden Sozialismus in Osteuropa und der Sowjetunion. Damit hat sich beinahe weltweit das kapitalistische HERRschaftssystem durchgesetzt. Folge davon sind Kriege und die existentielle Verarmung breiter Teile der Bevölkerung. Für Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt - reich auf Kosten der weltweit Ausgebeuteten -, eine isolierte Kostenrechnung aufzumachen, ist absurd und zynisch.

An dieser Stelle wollen wir unser politisches Grundverständnis skizzieren, das wir als linksradikale Feministinnen entwickelt haben, auch wenn es noch vieler gemeinsamer Diskussionen bedarf.

Die HERRschende Weltordnung bestimmt maßgeblich den Alltag von Frauen/Lesben weltweit auf unterschiedliche Weise, also unsere Arbeitssituation, unsere politischen Handlungsräume, unsere Liebes- und Beziehungsformen, unsere Lebens- und Wohnmöglichkeiten und damit auch die Differenz unter uns selbst.

Gesellschaftlicher und politischer Einfluß, soziales Ansehen und materieller Reichtum sind auch unter Frauen/Lesben weltweit hierarchisch aufgeteilt. Während die einen politische und ökonomische Macht ausüben und die Möglichkeit haben, in Luxusläden ihre "Konsumbedürfnisse" zu befriedigen, stehen andere am Fließband, müssen sich mit dem Einkauf in Billigläden wie zum Beispiel Adler begnügen und berücksichtigen dabei nicht, daß diese Waren unter miesesten Bedingungen von Frauen/Lesben in Südkorea produziert werden, die einen existentiellen Kampf darum führen, sich gewerkschaftlich organisieren zu können.

Rassismus, Sexismus und Klassenunterdrückung sind grundlegende Unterdrückungsmechanismen, die HERRschaft und weltweite Ausbeutung konstituieren und absichern. Entlang dieser Unterdrückungsmechanismen bildet sich ein differenziertes Hierarchiegefüge aus, welches Menschen weltweit in ihren unterschiedlichen Positionen von Macht und Machtlosigkeit festlegt und ihr Verhältnis zueinander bestimmt. Dieses patriarchale Prinzip der hierarchischen Machtverteilung findet seinen realen Ausdruck im Verhältnis zwischen Frauen und Männern, zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und/oder Hautfarbe, zwischen ArbeiterInnen und Industriebossen, zwischen LandarbeiterInnen und Oligarchen, zwischen Ost und West, zwischen Trikontländern und Industrienationen.

Dominanz-, Leistungs- und Konkurrenzdenken sind wesentliche Bestandteile dieses HERRschaftsprinzips und manifestieren sich beispielsweise in Zurichtung von Kindern, im Zwang zur Heterosexualität, in Ausgrenzung von Alten und von Menschen, die gemessen an der sogenannten Normalität für "behindert", "psychisch krank" etc. erklärt werden, sowie in der Vernutzung und Zerstörung der Natur.

Ausgangspunkt für Befreiung muß sein, sich die eigene Position in diesem hierarchischen Gefüge zu verdeutlichen. Solidarischer Umgang miteinander erfordert von denjenigen, die auch Macht und Privilegien haben, diese zu erkennen und zu hinterfragen. Es kann nicht Ziel feministischen Handelns sein, ein größeres Stück vom Kuchen zu bekommen. Der ganze Kuchen ist vergiftet! Sich weiter an diesem Kuchen bereichern zu wollen, hieße, die bestehenden Differenzen zu manifestieren.

Die unterschiedliche Ausprägung von Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen zu reflektieren und zueinander in Beziehung zu setzen, sehen wir als Voraussetzung für politisches Handeln. Es greift zu kurz, Einzelphänomene isoliert zu betrachten. Beispielsweise ist der § 218 nur e i n Ausdruck von patriarchalem Verfügungsbestreben über weibliche Reproduktionsfähigkeit, nur e i n Ausdruck von Rollenzuweisung und Instrumentalisierung von Frauen/Lesben und nur im Kontext nationaler wie internationaler Bevölkerungspolitik zu verstehen. Inhaltliche Schwerpunktthemen können nicht auf die Lebenssituationen aller in gleichem Maße bezogen werden, sondern ihre Bedeutung unter und ihr Zusammenhang zu den jeweils HERRschenden Bedingungen muß herausgearbeitet werden.

Politische Bündnisse, die die Abschaffung der bestehenden HERRschaftsverhältnisse anstreben, werden erst dann möglich, wenn die einzelnen Gruppierungen nicht nur ihre spezifische Unterdrückungssituation zur alleinigen Grundlage nehmen, sondern sie auch in den Zusammenhang einer globalen gesellschaftlichen Analyse stellen. Dieser Prozeß kann nicht ohne internationale Diskussion stattfinden.

Natürlich ist uns die Diskrepanz zwischen theoretischen Ansprüchen und den realen Verhältnissen in der feministischen Bewegung bewußt. Aus dem Streikaufruf ist aber nicht einmal mit viel Wohlwollen der Wunsch nach einer oben benannten gemeinsamen Perspektive herauszulesen. Das Verschweigen von Unterdrückungs-, Ausbeutungs- und HERRschaftsverhältnissen verhindert von vornherein, diese Auseinandersetzung zu führen, und provoziert bei Frauen/Lesben, die sich am Frauenstreik beteiligen wollen, inhaltliche Beliebigkeit und Subjektivismus.
Folglich ist auch unsere Erfahrung im Münchner Streikplenum, daß der Versuch, eine grundsätzliche Diskussion anzuregen, ins Leere läuft. Mit dem Verweis auf die Konzeption des Streiks, alle einzubeziehen, keine auszugrenzen, tolerant zu sein und in Einzelaktionen die jeweiligen Belange einbringen zu können, wird eine Auseinandersetzung um feministische Inhalte umgangen und eine klare politische Stellungnahme wie zum Beispiel gegen den § 218 mit der Begründung relativiert, keine Andersdenkenden ausgrenzen zu wollen.




und
**Ratgeber**
für den Frauenstreiktag
**8. März 1994**

Der Frauenstreiktag 8. März hat ein Männerkochbuch mit Ratgeber herausgeben, damit "Mann", wenn "Frau" am Frauenstreiktag nicht den Haushalt managt, - diesen Tag mit gutem Rat und Kochanleitungen überstehen kann. Das alles auch noch mit Witz, Spaß und Phantasie. Auf dieses Kochbuch mit Ratgeber möchten wir alle Männer besonders aufmerksam machen, und ihnen raten, nicht darauf zu verzichten. Und für alle Frauen: legt Euren Partnern dieses Buch auf den Frückstückstisch. So kann es klappen, daß "Mann" am Frauenstreiktag erahnt, was Frauen Tag für Tag leisten wenn sie nicht gerade streiken.

Für alle Frauen, die sich mit Ideen, Kraft und Mut beteiligen wollen, hier die Adresse des Frauenstreikplenums in Berlin: Unabhängiger Frauenverband (UFV), Friedrichstr. 165, in 10117 Berlin, Tel.: 22 91 16 85.

Uns erinnert der Frauenstreik in seiner aktionistischen Herangehensweise an die Lichterketten vom vergangenen Winter. Diese Inszenierungen beanspruchten für sich, auf keinen Fall politisch, a b e r gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt gerichtet zu sein. Genau diese sogenannt unpolitischen Absolutionsveranstaltungen hatten eine höchst politische Bedeutung: Durch sie wurde jeder Ansatz von gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit den strukturellen und politischen Ursachen von Antisemitismus, Rassismus und Faschismus aufgesogen und im Keim erstickt.
Wir wollen keineswegs den Initiatorinnen des Frauenstreiks dieselbe Motivation unterstellen. Aber ein Aktionstag, der nur ein Ventil für individuelle Empörung öffnet, läuft Gefahr, den gleichen Effekt zu haben, die Hoffnung zu wecken, mit punktuellem Protest eine Veränderung bewirken zu können, und nach einmaligem Kraftaufwand wieder zu verpuffen.

Ein gravierender Unterschied zur Lichterkette ist, daß sich damals alle Beteiligten bei großer gesellschaftlicher Akzeptanz mit ihrer Kerze auf der Straße nebeneinander wiederfanden. Streikende Frauen/Lesben hingegen, die ihre Empörung dem Aufruf gemäß in die Tat umsetzen, müssen die Auseinandersetzung mit ihrem Chef oder ihrem Ehemann und dem Familienverband in den meisten Fällen allein führen. Die imaginäre Rückendeckung durch die Verbreitung der Streikidee mag zwar der Einzelnen die Power verleihen, «auffällig und frech» zu sein, der konkreten Konfrontation steht aber jede allein gegenüber.

Klare Vorstellungen, auf welche Art und Weise Konsequenzen aus individualisiertem Widerstand von Frauen/Lesben aufgefangen werden können, fehlen. Zwar taucht in diesem Zusammenhang der Begriff Solidarität auf, er bleibt aber ungefüllt, da keine Ideen für solidarisches Handeln unter Frauen/Lesben entwickelt werden. Gerade im privatisierten Bereich heißt Solidarität im Sinne von gegenseitiger Unterstützung, Möglichkeiten zu schaffen, die Isolation der einzelnen Frauen/Lesben zu durchbrechen. Erst durch Austausch, Verbindungen und Verbindlichkeit untereinander können Strukturen entstehen, die eine Gegenmacht darstellen und der Einzelnen Schutz gewähren.
Die Nachlässigkeit, sich im Aufruf nicht um Vorstellungen für solidarisches Handeln unter Frauen zu bemühen, findet ihre Umkehrung in der klar formulierten Unterstützung männlicher Deserteure: Die einzig benannte unterstützende und eingreifende Handlung bezieht sich auf «uns nahestehende» (bundesdeutsche!) Männer, nicht etwa auf im Krieg vergewaltigte Frauen/Lesben, nicht etwa auf Frauen/Lesben, die «Anmache und sexuelle Übergriffe täglich und hautnah erfahren», nicht etwa auf «Immigrantinnen und Immigranten, Flüchtlinge, nicht-weiße Deutsche, Sinti und Roma, Jüdinnen und Juden».

Die im Streikaufruf aufgezählten Forderungen werden durch unterschiedliche Begrifflichkeiten hierarchisiert und damit in ihrer Wichtigkeit verschieden bewertet. Sexuelle Gewalt gegen Frauen/Lesben wird wenigstens noch mit einem «Schluß mit...» bedacht, während gegen faschistisch, rassistisch, antisemitisch motivierte Gewalt nur ein passives «Wir wollen...» angeführt wird. So verkommt diese Forderung zu einem frommen Wunsch.
In dieses Bewertungsmuster fällt auch die Forderung nach «Teilhabe (von Frauen/Lesben) an allen gesellschaftlichen Entscheidungen entsprechend dem zahlenmäßigen Anteil an der Bevölkerung». Alle anderen im Aufruf benannten Bevölkerungsgruppen sind von dieser Forderung ausgenommen.
Abgesehen davon gibt es seit längerem in der feministischen Bewegung die Erfahrung, daß Quotierung keine grundsätzliche Veränderung bedeutet, da Frauen/Lesben nicht qua Geschlecht feministische Inhalte vertreten.

Der gesamte Aufruf ist von einer defensiven Haltung geprägt. Die Auflistung der Handlungsmöglichkeiten beschränkt sich weitgehend auf Unterlassungen: nicht Kaffee kochen, nicht lächeln, nicht einkaufen... Es kann doch nicht nur darum gehen, etwas zu unterlassen! Denn einzig die gesellschaftlichen Vorgaben nicht zu erfüllen, heißt, in der Negation der vorgeschriebenen Handlungsmuster zu verharren.
Um Utopien näherzukommen, müssen wir Aktionsformen finden, in denen wir uns Raum nehmen, unseren eigenen gesellschaftlichen Vorstellungen Ausdruck zu verleihen. Ein groß angelegter Aktionstag wie der Frauenstreik am 8. März '94 könnte ein Forum dafür sein und interessierten Frauen/Lesben einen Zugang zu Inhalten und einen Einstieg in aktives Handeln ermöglichen.
Aktives Handeln bedeutet aber nicht nur, etwas zu unterlassen, sondern klar Position zu beziehen und einzuschreiten gegen institutionellen und individuellen Rassismus und Antisemitismus, gegen Klassenunterdrückung, gegen sexuelle Gewalt und jede Form sexistischer Unterdrückung!

Auch wir kündigen den patriarchalen Konsens, obwohl wir ihn nicht selbst abonniert haben. Aber das eigentliche Problem ist doch, daß wir täglich feststellen: Die Lieferung kommt trotzdem!







* Alle in « » eingefügten Textstellen sind Auszüge aus dem bundesweiten Streikaufruf.

Für weitere *Schlaflose Nächte* erhoffen wir uns Resonanz: Wüste Beschimpfungen, stichhaltige Argumentationen, kritische Anmerkungen, weiterführende Gedanken, offene Fragen oder auch nur ein vorläufiges zur Kenntnis Nehmen richtet bitte an: Schlaflose Nächte, c/o Frauenkoordination, c/o Werkhaus, Leonrodstr. 19, 80634 München. Fanpost wird sofort beantwortet!

 8.März-Frauenstreiktag



# FRAUENSTREIKTAG

## Utopie?

## Das hängt ganz von uns ab!

Die Idee eines Frauenstreiks liegt seit langem in der Luft. Es soll ein erstes Zeichen gegen die spürbare Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen gesetzt werden.

Der von 143 Frauen unterzeichnete Streikaufruf "Frauen sagen NEIN" löste ein breites Echo bei Frauen aus Kultur, Bildung und Wissensschaft sowie bei der autonomen Frauenbewegung aus. Unterstützt wird dieser Aufruf zum bundesweiten Frauenstreik inzwischen von weit über einhundert Fraueninitiativen. Gewerkschaftliche Unterstützung kommt außerdem bisher vom DGB-Frauenausschuss, Bundesfrauenausschuß der GEW, der Deutschen Hausfrauengewerkschaft e.V., dem KV der ÖTV Köln, der HBV Sachsen-Anhalt und weiteren zahlreichen Gewerkschafterinnen.

In der Vorbereitung zum FRAUENSTREIKTAG gibt es ab und zu Diskussionen zu dem Begriff STREIK. "Frauen, die Arbeit haben, werden aus Angst um ihren Arbeitsplatz nicht streiken." Ich denke aber, wir dürfen den Streik nicht nur im Sinne von Arbeitsniederlegung, also im klassischen Sinne verstehen.

Es ist ein politischer Streik

Frauen wollen am 8. März klar und unmißverständlich ein politisches Zeichen setzen: Jetzt ist Schluß! Uns reicht es! Wir wollen protestieren gegen den Demokratie- und Sozialabbau, die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, die ungleiche Beteiligung von Frauen an gesellschaftlichen Entscheidungen, die Pflicht zum Austragen einer Schwangerschaft und die Absicht, Zwangsdienste für Frauen einzuführen.

Seit Bischofferode ist klar, daß noch viele andere Formen des Streiks möglich sind.

Ein Rückblick in die Geschichte zeigt, daß spätestens seit dem "Sündenfall" der biblischen Erzählung im 6. Jahrhundert Frauen zum zweiten Geschlecht wurden. (Diese Entwicklung begann bereits in den Keimzellen der patriarchalischen Herrschaftsstrukturen 3.000 Jahre v. Chr.) Seit dieser Zeit wehren sich Frauen.

Ich denke dabei auch an den "Liebesstreik für den Frieden". Im Jahr 411 v. Chr. sollen sich Griechinnen ihren Männern verweigert und somit den Krieg zwischen Athen und Sparta nach 20 Jahren beendet haben.

Ein anderes, aus der Geschichte, überliefertes Beispiel 250 v. Chr. ist der "Frauenprotest gegen die Kriegssteuer". Durch öffentliche Proteste gelingt es Römerinnen, die Aufhebung einer gegen sie gerichteten Steuer zu erzwingen.

Um 1200 begann die größte Frauenbewegung des Mittelalters. Das Ziel war, eine neue geistige Lebensform für Frauen zu finden, frei von Ordensregeln und Eintrittsgeldern. Das 1229 gegründete Kloster in Helfta bei Eisleben war bedeutendste deutsche Zentrum der Frauenbewegung des Mittelalters.

Soviel zu früheren Zeiten.

1893 streikten 600 Arbeiterinnen in Wien. Der Streik war erfolgreich. Die Arbeitszeit wurde auf 10 Stunden verkürzt und der Mindestlohn auf 4 Gulden festgelegt.

1911 begannen unsere Urgroßmütter das Wahlrecht zu erkämpfen. Sie begingen zum ersten Mal in Europa den Internationalen Frauentag. Mehr als eine Million Frauen gingen auf die Straße und forderten das Frauenwahlrecht. Frauenwahlrecht - für uns heute eine Selbstverständlichkeit!

1913 weigerten sich Arbeiterinnen, Kinder zu gebären. Sie sahen in diesem "Gebärstreik" ein politisches Kampfmittel, um den Staat zur Verbesserung der sozialen Lage zu bewegen.

Der kleine Rückblick in die Geschichte zeigt, daß die Idee eines Frauenstreiks so neu nicht ist und die Frage nach der Utopie mit einem klaren nein beantwortet werden kann. Frauenstreik ist keine Utopie, dies beweisen auch die internationalen landesweiten Frauenstreiks der letzten 25 Jahre.

1970 fand die größte Frauendemo in der Geschichte der USA statt. 100.000 Frauen gingen auf die Straße. Erfolg: Die zerstrittenen feministischen Gruppen kamen zu gemeinsamen Aktionen. Es gab zum ersten Mal eine ausführliche Berichterstattung in den Medien.

24. Oktober 1975, Island. Im internationalen Jahr der Frau traten fast 90 Prozent aller Isländerinnen in einen landesweiten Frauenstreik. Gründe dafür waren Lohndiskriminierung und schlechte Arbeitsbedingungen. Erfolg: Fabriken, Schulen, Kultureinrichtungen mußten schließen, Telefonvermittlungen brachen zusammen, Zeitungen konnten nicht erscheinen.

30. März 1981, Niederlande - Antwort auf reaktionären Entwurf eines neuen Abtreibungsgesetzes. 90.000 Frauen nehmen an einer zentralen Demo teil.

24. Oktober 1985, Island - 10 Jahre später. Zum ersten Mal verweigerten Arbeiterinnen, Angestellte, Hausfrauen, Professorinnen und Frauen aus anderen Bereichen die Arbeit. Anlaß - Erinnerung an den Frauenstreik 1975, nachdem sich an der Lohndiskriminierung nach wie vor nichts geändert hatte.

14. Juni, Schweiz - "Wenn Frau will, steht alles still". Hunderttausende Schweizerinnen forderten die erst seit 10 Jahren festgeschriebene Gleichberechtigung. Das war die größte Demo in der 700-jährigen Geschichte.

Diese Beispiele zeigen, daß der Streik zwar das letzte und äußerste Mittel im Kampf um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen ist, aber auch die radikalste und wirksamste Form der Verweigerung darstellt.

Ob und wie kreativ und lustvoll der 8. März 1994 als FRAUENSTREIKTAG gestaltet wird, das hängt nun wirklich ganz von uns ab. Bisher gibt es in den Kreisen Staßfurt, Dessau, Halle, Magdeburg, Wittenberg und Haldensleben Frauen, die bereit sind, den Frauenstreik zu organisieren.

Für alle, die Lust haben und die Idee des FRAUENSTREIKTAGES gut finden, aber nicht so recht wissen, wie anfangen, kann mit folgenden Hinweisen geholfen werden:

**Wie gründet frau ein örtliches Streikkomitee?**

Sie läßt sich vom Streikbüro die Adressen aller Erstunterzeichnerinnen (Einzelpersonen und Gruppen) aus ihrer Umgebung schicken. Oder sie sucht innerhalb ihres Freundinnenkreises, im Frauenbuchladen, in der Frauenkneipe oder im Projekt nach Interessentinnen oder setzt auf der Suche nach Mitstreiterinnen eine Annonce ins örtliche Tagesblatt.

Die Frauen, die sich zusammengefunden haben, nehmen, unter Bezugnahme auf die bereits angelaufene bundesweite Aktion, Verbindung mit anderen Frauenprojekten vor Ort, mit Gewerkschafterinnen, mit der kommunalen Frauenbeauftragte, mit, so vorhanden, Frauenbeauftragten der örtlichen Betriebe oder mit Betriebsrätinnen auf.

Das neugegründete örtliche Streikkomitee macht die örtliche Presse durch eine Pressekonferenz (alternativ: Presseerklärung oder durch persönliche Kontakte zu JournalistInnen) auf sich aufmerksam.

Das Streikkomitee trifft sich jetzt regelmäßig. Sammelt Ideen, plant Aktionen und bereitet den FrauenStreikTag '94 vor.

Vielleicht fragt die Presse ja zwischendurch von sich aus mal nach dem Stand der Dinge. Sonst: Öffentlichkeitsarbeit in jeder Form ...

Nicht vergessen: Adresse des örtlichen Streikkomitees ans überregionale Streikbüro weitergeben.

Gute Ideen weitergeben, damit sie im nächsten Streikinfo weiterverbreitet werden können. Presseartikel über örtliche Aktionen weitergeben. Das ermutigt ... Es ist alles ganz einfach ... Also bis bald!

*Heidrun*

"Schützt die Kinder, nicht die Täter", "Schluß mit der Verharmlosung sexueller Gewalt": Mit diesen Parolen protestierten 200 Leute aus Männer- und Frauengruppen gegen das zweitägige Forum "Sexueller Mißbrauch-Evaluation der Praxis und Forschung in der technischen Fachhochschule , Berlin. Mit Buttersäure, Trillerpfeifen, Hupen sowie einer Blockade des Veranstaltungsortes wurde zumindest der Beginn der Tagung um vier Stunden verzögert. Zu guter Letzt gingen in dem stinkenden Saal die Lichter aus - ein neuer Raum mußte gefunden werden. Außerdem wurde die Kasse mit den Eintrittsgeldern (immerhin 125 DM pro Person)rechtzeitig vor dem Eintreffen der Bullen in DemonstrantInnenhand gebracht. Zur inhaltlichen Kritik an der Tagung drucken wir zwei Männer-Flugis ab.

## Das Verschweigen sexueller Gewalt ist der Boden, auf dem sie gedeiht.

Wir sind Männer, die in ihrer Kindheit sexuell mißbraucht worden sind. Mißbraucht von Vätern, Stiefvätern und anderen Verwandten, auch von Frauen. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis wir im Alter von fast 30 oder sogar 40 Jahren gespürt haben, was da früher mit uns passiert ist. Bei manchen von uns kam die schreckliche Erkenntnis jäh, fast schlagartig - bei anderen war es ein allmähliches Erahnen und Herantasten. Gemeinsam ist uns allen aber, daß sich unsere Leben dadurch völlig verändert haben.
Nach dem ersten Schock, den lähmenden Schmerzen und dem oft abgrundtiefen Einsamkeitsgefühl, aber auch den immer wieder auftauchenden Selbst-Zweifeln 'was denn da wirklich war', machten wir uns auf den Weg der Selbstheilung. Jeder unterschiedlich schnell, jeder unterschiedlich intensiv. Das hieß u.a., die eigene Lebensgeschichte aus den vorgefundenen Erinnerungssplittern und den bisher unterdrückten Gefühlen neu zusammenzusetzen und neu zu werten. Immer wieder tauchten Schmerz und Wut darüber auf, um einen Großteil unseres Lebens betrogen worden zu sein. Die Familie war kein Ort der Liebe und des Vertrauens gewesen - eher ein Ort des Horrors.
Bei uns allen gab es damals keinen Menschen in unserer Nähe, der/die unsere Not erkannt oder unsere Hilfesignale wahrgenommen hätte. So schlossen wir das schreckliche Geheimnis tief ein und trugen es bis vor wenigen Jahren wie ein nicht entdecktes seelisches Krebsgeschwür in uns.

Daß wir uns erst nach so vielen Jahren der Verdrängung schließlich doch erinnern konnten ist sicherlich kein Zufall. Heute ist die Tatsache des sexuellen Mißbrauchs an Mädchen und Jungen kein Tabuthema mehr. Es gibt - leider noch lange nicht genug - Einrichtungen wie z.B. Wildwasser, an die sich Betroffene wenden können. Der gemeinsame Erfahrungsaustausch von durch sexuellen Mißbrauch betroffenen Männern steckt erst in den Anfängen. Doch es gibt immerhin eine zunehmende öffentliche Sensibilität für das Thema. In einer solchen Athmosphäre fällt es bei weitem leichter, sich der eigenen Erlebnisse bewußt zu werden - und sich sogar anderen (Betroffenen; FreundInnen; professionellen HelferInnen) mitzuteilen. Und das war auch für uns eine wichtige Voraussetzung für unseren Heilungsprozeß: die **Verschwörung des Ver-Schweigens** zu durchbrechen.
Schauen wir auf unser Leben zurück, müssen wir allerdings auch immer wieder feststellen, daß wir nicht nur Opfer waren, sondern auch allzuoft selber Täter wurden: so heißt Heilungsprozeß für uns, sich sowohl mit uns als Opfer als auch als Täter auseinanderzusetzen.

In letzter Zeit versucht sich eine Allianz der "Verschwörung des Ver-Schweigens" in der öffentlichen Debatte über sexuellen Mißbrauch durchzusetzen. Die bekannten Tatsachen sexueller Gewalt sollen wieder geleugnet und banalisiert werden. Dieser Kongreß ist ein Teil davon. Unter dem Deckmantel "wissenschaftlicher Evaluation" geht es um nichts anderes, als uns Betroffenen wieder einmal zu sagen, wir seien nur "hysterisch" oder würden uns von schlechten BeraterInnen (Wildwasser) den Mißbrauch einreden lassen.
Mit genau diesen "Argumenten" trat der Leiter dieses Kongresses, R. Wolff, vor kurzem in der Fernseh-Talkschau "Alex" auf. Als eine Frau aus dem Publikum über die sexuelle Gewalt in ihrer Kindheit sprach, verstieg sich Wolff sogar dazu, ihr ein "typisches Wahnsystem" zu attestieren. Wir meinen, R. Wolffs offensichtliche Arroganz und völlige Gefühllosigkeit gegenüber einer Betroffenen disqualifizieren ihn schon allein, zum Thema sexuellen Mißbrauchs ernst genommen zu werden. Unterstützt wird Wolff von Katharina Rutschky, die als Autorin des Buches "Erregte Aufklärung" seit Monaten keine Talkshow ausläßt, die sexuelle Gewalt gegen Kinder zu verharmlosen, aus der Welt zu schaffen.
Wir wissen, die Angriffe von Wolff & Rutschky richten sich hauptsächlich gegen die Arbeit der Wildwasser Projekte: am liebsten möchten sie diese aufgelöst sehen. Wir spüren aber auch, daß sie mit ihren Thesen uns alle angreifen, die sich mit ihrer eigenen Mißbrauchserfahrung auseinandersetzen: Sie wollen uns verunsichern, einschüchtern, mundtot machen!
**Wolff & Rutschky** versuchen, wieder die Decke des Verschweigens über die Tatsache des sexuellen Mißbrauchs zu werfen. So schützen sie die Täter, stellen sich damit auf deren Seite. **Mit ihnen kann es für uns keine Diskussion geben - der Kongreß sollte besser nicht stattfinden!**

***(P.S.:Wir wollen mit diesem Text auch andere Männer ermutigen, sich mit ihrer möglicherweise eigenen Erfahrung von sexuellem Mißbrauch auseinanderzusetzen. Sich dagegen hart machen ("männlich" werden), es weiter in sich hineinzufressen oder die eigene erfahrene Gewalt zur "Kompensation" an anderen auszulassen befreit uns nie von den Schmerzen und Verletzungen! Wendet euch z.B. an eine Stelle wie das Männerprojekt "Mannege" - über sie kann evtl. eine Selbsthilfegruppe aufgebaut werden oder aber mit dem Thema vertraute TherapeutInnen empfohlen werden.)***

## Berlin: Männer zum Mißbruch[3]-Kongress

An die ***männlichen*** Teilnehmer und Redner dieses Kongresses:

### Aktiver Täterschutz

***Es gibt genügend Gründe für Männer, sich mit sexuellem Mißbrauch auseinanderzusetzen:***

- In der Regel sind die Täter Männer - und das nicht zufällig, sondern, weil sexueller Mißbrauch ein Ausdruck der patriarchalen Struktur ist, die diese Gesellschaft prägt. Männer sind Träger und Profiteure dieser Struktur.
- Auch Jungen sind Opfer sexuellen Mißbrauchs.
- Männer sind in ihrem Alltag als Väter, Partner, Erzieher und Therapeuten, Richter und Staatsanwälte, Wissenschaftler, Gutachter etc. mit sexuellem Mißbrauch konfrontiert, müssen sich damit auseinandersetzen und Position beziehen.

***Es ist offensichtlich, daß es dabei zu Verunsicherungen kommt und ein erheblicher Diskussionsbedarf besteht.***

***Dieser Kongreß ist dafür sicherlich das falsche Forum:***

Reinhart Wolff, der den Kongreß veranstaltet, und Katharina Rutschky, die für das Eingangsreferat angekündigt ist, haben sich in den letzten Jahren als zentrale Figuren einer Kampagne hervorgetan, die unter dem Schlagwort des "Mißbrauchs mit dem Mißbrauch" u.a. versucht, die von Frauen erkämpfte öffentliche Debatte über sexuellen Mißbrauch, sowie die Arbeit von Beratungsstellen, wie "Wildwasser" und "Zartbitter", zu diskreditieren.

*Wolff* verharmlost das Ausmaß und die Hintergründe des sexuellen Mißbrauchs und geht mit unglaublichem Zynismus und Arroganz gegen die Betroffenen vor (z.B. in der Fernsehdiskussion "Alex"). Seine Motivation bleibt uns dabei unklar. Möglich, daß sein Männerstolz gekränkt ist, weil er als "Vater" des Kinderschutzbundes erst von Frauen darauf gestoßen werden mußte, daß sexueller Mißbrauch dort eher ein blinder Fleck war. Vielleicht trifft ihn auch die feministische Kritik an der Kleinfamilie oder es handelt sich schlicht und einfach um einen Verteilungskampf um die abnehmenden Senatsgelder, in dem er zu jeglichen Mitteln bereit ist.

*Rutschky* verlagert - in freudscher Manier - den sexuellen Mißbrauch in die ödipalen Phantasien der Betroffenen und verharmlost ihn als ein Problem, *"das vielleicht hier und da übersehen worden ist"* (tip, 22/92).

Die Kampagne zeigt längst "Erfolge":
*"Nach Erfahrungen von KiZ fühlen die Täter sich ermutigt, zu leugnen oder ein Geständnis zu widerrufen"* (taz, 14.9.93). Diejenigen, die noch nie etwas gegen patriarchale Gewalt einzuwenden hatten, erhalten Rückenwind. Täter werden zu Opfern "feministischer Ideologie" stilisiert. Die Glaubwürdigkeit der Betroffenen wird angezweifelt. Im Windschatten der Kampagne, die auf diese Weise aktiven Täterschutz betreibt, wird das Verschweigen der männlichen Gewalt wieder zum patriarchalen Alltag.

***Ihre Teilnahme - und auch Ihre, Herr Senator Krüger - legitimiert und wertet diesen Kongreß auf, der als Teil dieser Kampagne verstanden werden muß.***

Für Männer muß die Auseinandersetzung um sexuellen Mißbrauch an der eigenen Teilhabe an patriarchalen Gewalt- und Abhängigkeitsverhältnissen (u.a. in der Familie) ansetzen und von der Parteilichkeit für die Betroffenen ausgehen.

***In Gewaltverhältnissen gibt es keinen neutralen Standpunkt!***

Autonome Männereizentrale und andere Männergruppen
V.i.S.d.P.: G. Larssen, Oppelner Str. 15, 10997 Berlin

## antisexistische Sprühdosenliga in Fürth eröffnet "Hirn für alle"

Wir haben heute Abend unser Gründungsfest mit einigen Autos gemeinsam gefeiert !!! Dazu haben wir sie mit einem modernen Design versehen. Passend zum bisherigen sexististischen Outfit ihrer Eigenwerbung, welche wir zum leichteren Kapieren markierten, ziert jetzt "MACKER" ihre Heckscheibe.

Mit "sexistischem Outfit" meinen wir Aufkleber, die ein Frauenbild projezieren, wie es in den Köpfen von Männern existiert. Es stellt Frauen als geil, den sexuellen Vorstellungen von Männern entsprechend, dar. Dadurch werden sie zu Lustobjekten degradiert, die Männern gerne/ allzeit zur Verfügung stehen. (z.B. Playboy-, Penthouse-, LUI-, Hustler-Aufkleber, nackte Frauen...etc.)

Eine andere Art von anzugreifenden Aufklebern zeichnet ein selbstgegebenes Bild männlicher Sexualität. Darin wird eine Macht-/ Gewaltposition von Männern gegenüber Frauen ausgedrückt. Desweiteren wird die eigene HERRliche Potenz über die anderer Männer gestellt, was Ausdruck für männliches Konkurrenz- und Leistungsdenken (auch) im sexuellen Bereich ist. (z.B. "Sex.Zylinder", "Rammler"-Hasen, Sex-Sternzeichen, "aufgepaßt Damen, meiner ist xx m lang...", "meiner ist yy m lang...und deiner...?", und ähnliches...)

Wir haben die Schnauze voll von der allzeit-bereit-Drohung auf Autos (und natürlich anderswo). Daß wir das gesamte patriarchale Scheißsystem zum Kotzen finden müsstet Ihr im Text schon festgestellt haben. (Wenn nicht, dann weiter bei Zeile 1)

Damit fiel der Startschuß zur revolutionären Wagensportliga im Raum Nürnberg, die über einen antikapitalistischen Anspruch hinausgeht und die Machtverhältnisse unseres Alltages beinhaltet.

Wir begrüßen aufs schärfste andere Gruppen, die mitspielen wollen.

**Let`s party in our way !!!**




Kommando Hirn für Alle

# Erklärung der Internationalen Flüchtlingsbewegung (IRM-Hamburg)

Schreckliche Maßnahmen werden von der Europäischen Gemeinschaft unter der Leitung Deutschlands ergriffen, um mächtige Grenzen um Europa zu ziehen und Europa von Flüchtlingen zu säubern. Deutschland spielt die leitende Rolle bei der Abschiebung von vielen Flüchtlingen, bei der Verschlechterung von Asylprozeduren und Lebensbedingungen. Flüchtlingsheime, Containerschiffe und Erstaufnahmeeinrichtungen sind halb leer, doch die Abschiebeknäste sind voll. Bis jetzt führten einzelne spontane Widerstandsaktionen der Flüchtlinge gegen diese schrecklichen Gesetze zu einigen positiven Ergebnissen, meist jedoch zu individuellen Kompromissen, die die Behörden siegreich bleiben ließen. Dieses liegt am Mangel an einer soliden organisierten Basis, an der Begrenzten Beteiligungen von Flüchtlingen und an der Anwendung von drastischen Methoden seitens der Behörden. Wir müssen uns diesen unmenschlichen Gesetzen in einer besser organisierten Form widersetzen, um weitere Niederlagen zu vermeiden.
Aus diesem Grunde ist es äußerst wichtig für uns, mit allen Flüchtlingen organisiert zusammenzuarbeiten. Wir erklären, daß die Internationale Flüchtlingsbewegung (I.R.M.), die selbstorganisiert zusammenarbeiten. Wir erklären, daß die Internationale Flüchtlingsbewegung (I.R.M.), die selbstorganisiert aus den Willen betroffener Flüchtlinge heraus gegründet worden ist, offen für alle Flüchtlinge im Sinne von aktiver Kooperation ist. Die Internationale Flüchtlingsbewegung hat sich zum Ziel gesetzt, für Unterdrückte Flüchtlinge nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern zu kämpfen.
Alle Flüchtlinge in diesem Zusammenhang haben die gleichen Rechte und Möglichkeiten auf einer nichthierarchischen Basis . Wir wissen, daß nur unser eigenes offensives Bestreben die Flüchtlinge gegen Massenabschiebungen, behördliche und polizeiliche Repressionen und schlechte Lebensbedingungen mobilisieren kann.

***Organisiert euch und werdet aktiv!***
***Wir haben nichts zu verlieren.***

Für weitere Informationen wendet euch an:
040/4391311 montags, mittwochs und freitags zwischen 17 und 20 Uhr
Fax. 040-4304783

Betrifft: Film **"Die Bombe tickt"**, Regie: Thorsten Näter, ARD Teil 3 28.1.1994, 15.45 Uhr und Teil 4 30.1.1994, 13.45 Uhr

## Flüchtlinge protestieren gegen rassistische Filmproduktion

Der Film, der vorgibt antirassistisch zu sein, arbeitet mit rassistischen Methoden.
Die im Film dargestellten AsylbewerberInnen waren Flüchtlinge aus dem Flüchtlingslager Brand (Brandenburg). Laut Auskunft der Flüchtlinge wurden Ihnen für die Dreharbeiten pro Person 200,-- DM versprochen. Tatsächlich bezahlt hat die Filmproduktion für 5 Drehnächte (jeweils 20.00-5.00 Uhr) 80,-- DM. Das bedeutet einen Stundenlohn von weniger als 2,-- DM. Außerdem beschäftigte der Regisseur für einen inszenierten Angriff auf einen Bus mit Flüchtlingen unter anderem Nazi-Skins aus dem Landkreis Luckau.
Während der Dreharbeiten kam es zu rassistischen Pöbeleien der Nazi-Skins gegenüber den Flüchtlingen.
Dieses Vorgehen des Regisseurs kommt einer bezahlten Generalprobe für einen Angriff auf das Flüchtlingslager gleich, bei der Faschisten Geld und Ortskenntnisse verschafft worden sind.

**Die Flüchtlinge protestieren gegen solche rassistischen Praktiken!!!**

Eine UnterstützerInnengruppe

# Trennungsknatsch bei SOS-Rassismus

## Es ist nicht mehr *SOS-Rassismus* drin, wenn *SOS-Rassismus e.V.* drunter steht.

Der Vorstand von SOS-Rassismus e.V. hat die Arbeitsgruppen Mitte Dezember ausgesperrt und somit rausgeschmissen. Nach der inhaltlichen Trennung folgte die praktische durch den Austausch von Türschlössern der Arbeitsräume des Vereins. Durch Versperrung des Zugang zu den Arbeitsmaterialien der Arbeitsgruppen ist die Fortsetzung der Arbeit der Arbeitsgruppen bei SOS-Rassismus gestoppt worden.

Wir betrachten somit unsere Arbeit mit dem Verein als beendet. Wir werden unsere antirassistische Arbeit aber in anderen Zusammenhängen fortführen.

### Die Geschichte

Die Arbeitsgrundlagen des 1990 gegründeten Vereins wurden für MitgliederInnen und Nicht-MitgliederInnen gleichermaßen formuliert:

- gleiche demokratische Rechte für alle,
- Abbau von Dominanzstrukturen,
- Erreichung der Ziele auf möglichst breiter Basis mit verschiedenen Einzelpersonen und Gruppen,
- basisdemokratische Strukturen.

Diese Vereinbarungen mußten allerings in den letzten zwei Jahren immer wieder von den Arbeitsgruppen eingefordert werden.

Für die Arbeitsgruppen (AG gegen Abschiebungen, AG-Schutzwachen, AG-SOS-Infotelefon, AG-Öffentlichkeitsarbeit) war es trotzdem über lange Zeit möglich, unter dem Dach SOS-Rassismus selbstbestimmt antirassistische Arbeit zu machen. Mahnwachen, Schutzwachen, Fahrwachen, Telefonnetze, permanente Informationsstände vor den Ausländerbehörden, Öffentlichkeitsarbeit, Spendensammlungen und unterschiedlichste Aktionen wurden durch die Arbeitsgruppen getragen. Daß diese Arbeiten nur in Zusammenarbeit mit anderen Berliner AntiRa- und AntiFa-Gruppen möglich waren, steht außer Frage.

Die allgemeine Empörung in breiten Teilen der Bevölkerung über die rassistischen Angriffe ließen viele Menschen bei SOS-Rassismus erscheinen, die "endlich etwas tun wollten". Entsprechend der öffentlichen Meinung war es opportun, antirassistische Arbeit zu machen, und für einen Verein, der sich SOS-Rassismus nannte, zudem sehr pressewirksam, Alternativen zum "Nichtstun" anzubieten. So wurde auch von seiten des Vorstands intensiv Imagepflege betrieben, mit den Arbeitsgruppen wurde richtig geworben und der Vereinsname tauchte bei vielen Gelegenheiten in der örtlichen Presse auf.

### Die Wende

Das Abflauen der Betroffenheitswellen und die Verschärfung der herrschenden Flüchtlingspolitik (Abschaffung des Asylrechtes) bedeuteten auch für uns, daß unsere weitgehend aktionistische Arbeit politisch und praktisch nicht mehr möglich und sinnvoll war.

Der damit notwendig gewordene und in den Arbeitsgruppen diskutierte Prozeß der Neuorientierung hin zur direkten Auseinandersetzung mit institutionellem und alltäglichem Rassismus, sollte auch eine diesbezüglich klare Profilbestimmung des Vereins SOS-Rassismus einschließen.

Aus diesem Grund entwickelten wir Konzepte zur Umstrukturierung bzw. zur Transparenz und zur besseren Kommunikation innerhalb des Vereins. Ziel: Politische Aussagen sollten von der Basis aus formuliert werden, und nicht - wie oft geschehen - von der persönlichen Einschätzung einzelner VorständlerInnen abhängig sein. Es entstand ein gruppenübergreifendes Gesamtplenum, das alle 4 Wochen stattfand. In diesem Gesamtplenum, welches Arbeitsgruppen-übergreifende Beschlußfähigkeit hatte, sollten u.a. Fragen des Büros bzw. Strukturierung und Umsetzung der antirassistischen Politik geklärt werden. Letztendlich haben genau diese Fragen zum Bruch geführt. Der Vorstand wollte sich nicht damit abfinden, daß die Arbeitsgruppen in Zukunft über die inneren Strukturen und das politische Profil des Vereins mitbestimmten.

Einerseits griff der Vorstand immer häufiger und aggressiver in die Arbeit der Gruppen ein, indem er die Arbeit als "unpolitisch", als "Sozialarbeit" bezeichnete. Projekte, die vor langer Zeit auch vom Vorstand getragen wurden, sollten jetzt gestoppt werden..

Andererseits verabschiedete sich der Vorstand von den Plena, die er selbst mit einberufen hatte.

Dieser Gesprächsverweigerung setzte der Vorstand noch eins drauf, indem er eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberief. Diese sollte die Arbeitsgruppen in ihrer politischen Arbeit vermittels formeller Vereinskacke zu BefehlsempfängerInnen degradieren. In dieser Mitgliederversammlung hätte allerdings auch unser Konzept mit durchgesetzt (Mehrheitsbeschluß) und der Konflikt beendet werden können. Der Vorstand verhinderte die Abstimmung und taktierte mit Verschiebung, in der Hoffnung, für ihn günstigere Mehrheiten mobil machen zu können. Wir wollten uns diesem permanenten Vereinsk(r)ampf nicht länger aussetzen und brachen die Zusammenarbeit mit diesem Vorstand ab.

Am darauffolgenden Tag war das Schloß zum SOS-Rassismus-Büro ohne Absprache mit den MitgliederInnen und den Arbeitsgruppen ausgewechselt.

Der Vorstand zieht sich nicht nur auf seine bürgerliche Vereinshierarchie zurück, er geht darüber hinaus, ignoriert die Ziele des Vereins (siehe Selbstdarstellung) und zerstört die Arbeit und somit auch die Arbeitsfähigkeit von SOS-Rassimus, wie sie in den letzten Jahren möglich war.

Aus diesem Grund sicherten einige AktivistInnen die Arbeitsmaterialien, indem sie das Büro ausräumten. Da sich die Arbeitsgruppen von dieser Aktion nicht distanzierten, stellte der Vorstand die Schließung des SOS-Versammlungsraumes in Aussicht.

Wir haben die räumliche Trennung von SOS-Rassismus e.V. vorgezogen.

### Die Aussicht

Die Metamorphose des Vereins von einem breiten Spektrum antirassistisch arbeitender Gruppen und Einzelpersonen zu einem 5-Mann-Frau-Betrieb mit Sekretariat und gutbürgerlicher Büroeinrichtung schreitet fort. Der Verein wird zum Selbstbedienungsladen Einzelner und die Basis wird "entlassen".

Wie sich die politische Arbeit von SOS-Rassismus Berlin e.V. in Zukunft gestalten wird, verdeutlichen folgende Aussagen des Vorstandes auf der Mitgliederversammlung vom 8.12.93. Zitate: "Der Vorstand hat in den vergangenen 2 Jahren den Fehler gemacht, nur Management zu betreiben (Geldbeschaffung, Infrastruktur bereitstellen u.s.w.) und hat den Auftrag der Vereinsmitglieder, politische Vorgaben zu machen, nicht erfüllt. In Zukunft werden wir uns wieder verstärkt um politische Inhalte kümmern."
Und: "Basisdemokratie - das haben wir doch hinter uns!"

Um an die bisherige Kontinuität unserer politischen Arbeit anzuknüpfen und die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen fortzusetzen bzw. aufzunehmen, werden wir jetzt eine neue Infrastruktur schaffen oder unter anderem Namen weiterarbeiten.

Wir werden demnächst informieren, wo wir unsere Arbeit fortführen.

**AG - Schutzwachen** **AG - Büro** **AG gegen Abschiebungen**

# SOLIDARITÄT MIT DEN AUFSTÄNDISCHEN IN MEXIKO



## HAMBURG/ELBE

**HALLERSTRASSE IN HAMBURG AM 09./10.01.94**

Wir haben in der Nacht vom 09.01. auf den 10.01.94 das mexikanische Konsulat in Hamburg mit Steinen und Farbflaschen angegriffen.
Die Aktion richtet sich gegen die mexikanische Regierung und Armee, die seit mehr als einer Woche die Landbevölkerung im südmexikanischen Bundesstaat Chiapas mit Bombenterror überzieht. Gefangene des Zapatistischen Befreiungsheeres EZLN willkürlich exekutiert, die Indigenas zur Massenflucht zwingt.
Vor dem Hintergrund einer 500 jährigen Unterdrückung und völkermörderischen Politik kämpfen die mexikanischen indigenas seit dem 01.01.94 bewaffnet gegen eine korrupte Koalition aus Großgrundbesitzern, Justiz und Polizei, gegen die Vernichtung ihrer Sprachen und Kulturen: für ein menschenwürdiges Leben:
"Wir haben nichts, weder eine wurdige Behausung, noch Land, noch Arbeit, noch Gesundheit, noch Wohnung, noch Bildung.".

Der Aufstand begann zeitgleich mit dem Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA (Canada, USA und Mexico) am 01. Januar 1994.
Denn um die NAFTA in Mexico durchzusetzen, war eine Verfassungsänderung unumgänglich, die eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution, die Agrarreform von 1917 (die die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Verteilung der Ländereien an bäuerliche Genossenschaften bedeutete) im Dezember 92 aufhob.
Multinationalen Konzernen und Großgrundbesitzern war somit der Landerwerb unbeschränkt ermöglicht. Auch in Mexico können jetzt zur Rohstoffausbeutung Urwaldflächen vernichtet und die dort ansässige indigene Bevölkerung vertrieben werden.
Das Wegfallen der Zollschranken treibt die auf Niedrigproduktion eingestellten Kleinbauern in den Ruin, da sie der hochsubventionierten nordamerikanischen Agrarindustrie nicht standhalzen können.
Die zusätzlich durch den IWF angeordneten Strukturanpassungsprogramme zerstören große Teile der garantierten Arbeits- und Lebensverhältnisse und bedeuten für Millionen von Mexikanerinnen die soziale Verelendung.
Die in Lateinamerika seit jeher kulturell und ökonomisch driskiminierte indigene Bevölkerung ist, da sie fast vollständig von subsistenzieller Landwirtschaft abhängig ist, allererstes Opfer.

Der Kampf des EZLN in Chiapas ist Teil des indigenen Widerstands auf dem ganzen Kontinent, der sich gegen diese Entwicklung richtet.

**Solidarität mit dem Kampf des EZLN! - "Tierra y Libertad!"**

**Kampf dem Imperialismus! - Hoch die Internationale Solidarität!**

Grüße an die gefangenen Genossinnen von Antifasist Gendik in Berlin

HH, den 10.01.94

## FRANKFURT/MAIN

TIERRA Y LIBERTAD - VIVA ZAPATA !!!

am 1. januar 1994 ist der nafta, ein freihandelsabkommen zwischen den usa, kanada und mexiko, in kraft getreten.

seit dem 1. januar 1994 kämpfen indigena-männer, -frauen und -kinder aus dem ärmsten bundesstaat mexikos, chiapas, das erste mal seit 2o jahren bewaffnet in der guerilla-organisation EZLN (zapatistisches nationales befreiungsheer).

worin besteht der zusammenhang?

der nafta ist nur noch ein vernichtungs- und ausbeutungsinstrument mehr gegen die arme mehrheit mexikos:

mexiko wickelt 7o% seines außenhandels mit den usa ab (umgekehrt 7%), zwei drittel aller ausländischen investitionen in mexiko kommen aus den usa. durch die geplante schrittweise abschaffung der einfuhrzölle zwischen den 3 ländern in den nächsten 15 jahren können die us-amerikanischen und kanadischen kapitalisten und bonzen ungehindert in mexiko, dessen lohnniveau ein achtel des in den usa beträgt, billig produzieren und steuerfrei die profite einstreichen.

der nafta steht in der kolonialistischen tradition von über 5oo jahren unterdrückung, ausbeutung und vernichtung der bevölkerung lateinamerikas.

von der ausrottung am stärksten betroffen war schon immer die urbevölkerung, die indigenas, die seit langem um die anerkennung ihrer autonomierechte und gegen die diskriminierung, ermordung und verjagung kämpft. mit ihren forderungen ( beendigung des "völkermordes", ende der unterdrückung durch militär und polizei, ende der vertreibung aus ihrem lebensraum) und ihrem bewaffneten kampf beziehen sie sich auf emiliano zapata, der 191o-192o guerilla- führer im kampf um tierra y libertad - land und freiheit - war.

in den letzten 2 wochen haben wir in frankfurt die schlösser der eingangstüren der banco nacional de mexico (banamex) , des fremdenverkehrsamtes und des mexikanischen konsulats zugeklebt und VIVA ZAPATA drangesprüht.
außerdem haben wir bei 2 vag-filialen in frankfurt die reifen einiger autos abgestochen und VIVA ZAPATA und VAG RAUS AUS MEXIKO gesprüht.

der multinationale vw-konzern, 1938 von den nazis gegründet, gehört zu den 4 größten automobilherstellern der welt; er ist auch in mexiko vertreten. dieser ausbeutungskonzern ließ 1986 riesige flächen des indigena-lebensraumes im urwald, die lunge der erde, für den bau seiner kapitalanlagen vernichten. ohne rechte, unter katastrophalen arbeitsbedingungen und für minimale löhne läßt dieser schweinekonzern die menschen dort für seine profite schuften.

die verantwortlicheh konzerne müssen - auch hier - zur rechenschaft gezogen werden!

schluß mit der vernichtung der indigenas!

kein nafta, keine eu, kampf dem imperialismus weltweit!

vag, alle anderen schweinekonzerne und banken raus aus mexiko!

viele grüße, liebe und kraft für den internationalen aktionstag am 21.1. !

VIVA ZAPATA!! SOLIDARITÄT MIT DER EZLN!!!

DÄNEMARK - KOPENHAGEN

## aktionserklärung

**Viva la revolución !**
**Viva EZLN !**

**In der Nacht zum Montag,d.17.1.1994 haben wir die Mexikanische Botschaft in Kopenhagen mit Brandbomben angegriffen.**
**In Solidarität mit den Genossen und Genossinnen des Zapatistischen Nationalen Befreiungsheeres - EZLN.**

Der aktuelle Aufstand der EZLN richtet sich gegen die permanente Anpassungspolitik der mexikanischen Regierung an die sogenannten Strukturveränderungsdirektiven durch imperialistische Institutionen wie IWF und Weltbank.Auf Kosten des im vorhinein minimalsten Lebensunterhalts von grossen Teile der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung Mexikos.
Die neuliche Ratifizierung des Freihandelsabkommen ( NAFTA ) mit der USA,das die EZLN-Kämpfer als den " Totenschein für die indianische Bevölkerung in Mexiko" bezeichnen, symbolisiert die wirtschaftlichen Prioritäten der mexikanischen Regierung,die skrupellos und zur jeder Zeit verwertungsorientierte Wachstumsökonomi den dringend notwendigen sozialen Reformen gegen die Massenarmut vorzieht.

Der Aufstand der EZLN am Beginn dieses Jahres verstehen wir als breitgefächerten Widerstand gegen die mexikanische Kompradorkapitalisten und ihre traditionell korrupte , HERRschende PolitikerInnenkaste.

Die mexikanische Regierung antwortete mit massiver militärer Repression.Viele hunderte Menschen,darunter viele aus der Zivilbefölkerung,wuden auf grausamste Weise ermordet.
**Die westlichen imperialistischen Regierungen - darunter die sozialdemokratisch dominierte Regierung Dänemarks - verhalten sich dazu zögernd bis total ignorierend.**

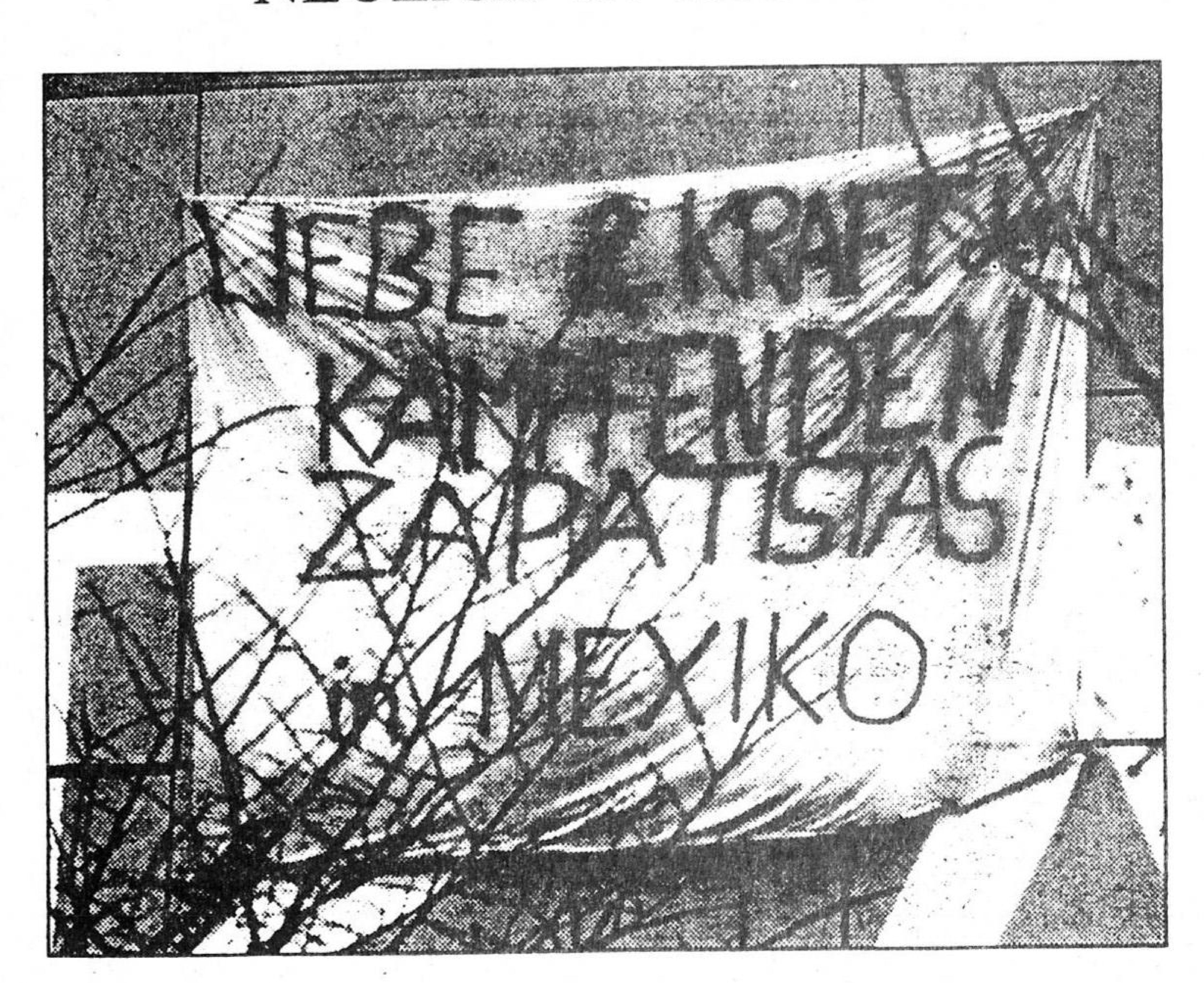
Die EZLN ist ein basisdemokratisch organisiertes Befreiungsheer mit Ausgangspunkt in den indianischen Völkern der Mayas im südlichen Mexiko.Die Perspektive der EZLN ist von ihrer Selbstverständnis aus eine sozialistische Gesellschaftsveränderung und sie berufen sich u.a. auf die Kampftradition der mexikanischen Revolution von 1910-17 unter Führung von Emiliano Zapata.

**Mit unserer Aktion grüssen wir aus ganzen Herzen die Genossen und Genossinnen der EZLN. Ihr Widerstand gegen die Unterdrückung und Entmündigung durch die verschiedenen imperialistischen Projekten ist auch der unsere !**

Venceremos !
**Die FreundInnen der EZLN in Dänemark.**

" Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker
Che Guevara

## NEULICH IN ROSTOCK




Sonnabend, 22. Januar 1994 NNN

### Sympathie für die Zapatistas

An der Anzeigetafel am Schröderplatz spannte sich gestern kurzzeitig ein Plakat von Sympathisanten für die um ihre Rechte kämpfenden Indios in Mexiko. Eine Geste, die wenig kostet und revolutionäre Genugtuung verschafft. Leider wird sie kein Zapatista sehen. **Foto: Georg Scharnweber**

Zum Glück täuscht sich da die "NNN". Woche für Woche treten mehrere Exemplare unserer kleinen Zeitung die weite Reise über den Ozean in ein mittelamerikanisches Land an und dort wird sicher ein/e Zapatista einen Blick auf diese Seiten werfen....

# Was die EZLN u.a. fordert:

*Folgende Informationen stammen aus "informe latinoamericano" vom 13.1.94*

Die EZLN verbreitete über die von ihr eroberten Radiostationen die Texte verschiedener Dekrete:
- eine "Stadtreform: die Steuer auf Grundstücke wird abgeschafft; die Mieter, die mehr als 15 Jahre in ihren Häusern leben, werden von der Miete befreit; und alle anderen Mieten werden auf 10% ihres aktuellen Niveaus reduziert.
- ein "Arbeitsgesetz", daß die ausländischen Unternehmen verpflichtet, die selben Löhne wie in ihren (Herkunfts-)Ländern zu bezahlen.
- Einführung einer Preiskontrolle bei Strafe der Enteignung.
- Einführung einer Kriegssteuer von 10% auf die Einnahmen kleiner Firmen, 15% für mittlere Unternehmen und 20% für die "großen Kapitalisten".

es bleibt alles so,
wie es ist,
wenn sich nichts ändert,
ändert sich nichts,
bleibt alles so,
wie es ist.

Zu mehr in der Lage? - In Anlehnung an den Titel eines Beitrages von K. Viehmann.

Zur Lage der antifaschistischen Bewegung im Allgemeinen und der antifaschistischen türkischen und kurdischen Gefangenen im Besonderen.

Zu mehr in der Lage - das heißt für mich selbst nicht mehr als das Wissen um verborgene Möglichkeiten und vage Vorstellungen von Notwendigkeiten politischen Handelns.
Zu mehr in der Lage - aber als analytische Feststellung des weitergehend Möglichen an die "Linke" als solche zu richten, ist für mich ein illusorischer Fingerzeig. Die Linke in dieser Stadt (von Ausnahmen abgesehen) steht auf einem Bewußtseinsniveau, das ich mal als sehr niedrig bezeichnen möchte. Nicht nur das sie nicht begreift, was hier politisch abgeht und es auch nicht wissen will (wegen der Idylle des autonomen Lebensgefühls), sondern auch weitgehend unfähig ist die richtigen Fragen zu stellen und zu diskutieren:
Wie ist die politische Situation im Lande und darüber hinaus, und wie wird sie sich verändern?
Wie sieht die Realität für bestimmte gesellschaftliche Gruppen aus und wie
unsere Solidarität mit ihnen ?
Wie sind die Bedingungen für uns jetzt und wie verändern sie sich in der Zukunft?
Welche Notwendigkeiten ergeben sich daraus, für bestimmte gesellschaftliche Gruppen, für uns als politischen Widerstand und für die Form des Widerstandes?

Durch "reine" Anti-Nazi-Politik läßt sich den Rassismus in weiten Teilen der Bevölkerung nicht begegnen. Heutzutage drück sich "Antifaschismus" größtenteils als direkte Angriffe auf Nazis, d.h. meißt Skinheads, seltener auf organisierte Faschisten und ihre Strukturen, aus. Diese "Politik" hält selbst die faschistischen Skinheads nicht in Schach. Die organisierten Teile der Faschisten und deren Strukturen usw. werden nicht getroffen, können ungehindert funktionieren. Staatliche Verbote bewirken kurzfristig mehr, als die antifaschistischen Aktionen. Das soll kein Plädoyer für Organisationsverbote sein, vielmehr den katastrophalen Zustand der antifaschistischen Bewegung darstellen.
Die Meinung vieler, der Faschisierung durch Glatzen klatschen und Nazi-Raus-Parolen paroli bieten zu können, ist Quark mit Sahne. Auch die weitergehende Variante:"Faschistische Zentren angreifen!" reicht heute bei weitem nicht aus. Diese Strategie mag bis Mitte der 80er Jahre sinnvoll gewesen sein (und war seinerzeit auch effektiv), da die faschistische Scene isoliert war. Heute, wo nicht einmal diese Politik angemessen fortgeführt wird, wäre diese für sich auch zu kurz gegriffen.

"Revolutionärer Antifaschismus, der sich damit begnügt, neofaschistische Zusammenhänge zu recherchieren, faschistische Provokationen zu verhindern und ihre Strakturen in militanten Aktionen anzugreifen, steckt in der Sackgasse, solange er nicht eingreift in die reaktionäre Radikalisierung der Massen, solange er nicht eingreift in die Entwicklung sozialer Kontrolle, menschenfeinlicher Technologien und faschistischer Repressionspraxis, solange er nicht eingreift in die normale Funktion bürgerlicher Ausbeutung und Herrschaft."
Antifaschistische Aktion Hamburg 1984
Staatlicher Rassismus und Faschismus ist wesentliches Element dieser Demokratie, als solches aber noch immer zu wenig gesehen und entsprechend mit wenig Aufmerksamkeit bedacht. Und last not least: das Deutsche Volk: Auf die Frage, wie mit dem Rassismus innerhalb der Bevölkerung umzugehen ist, gibt es keine Antwort.Völkische Ideologie ist (wieder) tief verankert, "Deutschland den Deutschen" nationaler Konsens. Dabei ist es letztendlich nicht entscheidend, ob 5% oder 30% die PDS wählen. Beispiel Marzahn: Die Antifa-Demo am 21.8.93 war eine fast "reine" Sceneveranstaltung. Von den tollen 30% keine Spur. Stattdessen pilgern 80000 Nostalgier zu den Gräbern von Karl und Rosa und ehemaligen DDR-Bonzen. Wo sind die Leute, wenn es darum geht heute aktiv zu werden?

Das ist der eine Teil des Problems. Ein anderer ist das politische Niveau der gemischten (autonomen) antifaschistischen Bewegung/Scene.
Menschen, die auf Demos Parolen brüllen wie "Nie wieder Faschismus! Wehret den Anfängen!", oder die Bullen fragen, wo sie in Rostock gewesen sind um danach ins "Schämt Euch! Schämt Euch!" zu verfallen, können sich noch nicht viel Gedanken gemacht haben, was sie so von sich geben, oder aber sie sind nicht mehr Ernst zu nehmen.
Ein Beispiel: "Wo wart ihr in Rostock?" Diese vorwurfsvolle Frage richtet sich an die Deutsche Polizei, warum sie die Flüchtlinge in der ZAST in Rostock-Lichtenhagen nicht vor dem rassistisch/faschistischen (Bürger-) Mob geschützt hat. D.h., daß ihr (der Polizei) diese Aufgabe zugestanden/ zugeschrieben wird. Diese Aufforderung an die Deutsche Polizei, dieser ihrer gesetzlichen Aufgabe nachzukommen, kommt dem Ruf nach dem starken Staat (Anerkennung des Gewaltmonopols) von REPs-AL/PDS und der demokratischen Mitte gleich und verschleiert die real gängige Praxis und Funktion von Polizewi und Staat in diesem Lande. Wir können nicht je nach belieben die Bullen in die Wüste wünschen und einen Tag später die Nazi-Bullen zu den Flüchtlingen schicken.
Im Umkehrschluß hieße die Parole auch: Wenn die Bullen Flüchtlinge, usw. schützen würden, hätten sie auch das Recht dazu uns die Birne weich zu klopfen. Nach dieser Logik, ist es nur konsequent, daß nicht wenige sogenannter Autonomer den Bulleneinsatz am 1. Mai 93 gegen die RIM beklatschen.
Diese und noch andere Parolen reproduzieren ständig einen Bewußtseinstand, der uns 10-15 Jahre in der politischen Diskussion zurückwirft und längst gewonnene Klarheiten verwässert.
"Die Erkenntnis faschistischer Kontinuität und faschistischer Praxis der imperialistischen Demokratien hat unser Verhältnis zum Staat BRD bestimmt.Wir konnten der Parole "Wehret den Anfängen" nicht folgen, weil nicht anfangen kann, was nicht aufgehört hat! Auf dieser Grundlage an das Gewaltmonopol des Staates zu appellieren, um faschistische Aktivitäten zu unterbinden, schafft

Illusionen über diesen Staat. Das viel zitierte Bild der Blindheit auf dem rechten Auge trügt: Die täglichen rassistischen Angriffe haben noch einmal das kalkulierte Interesse des Staates an diesem Bündnis von "Mob und Elite" deutlich gemacht." (Quelle 1)

Ein weiteres Beispiel wirft einen Blick auf unsere Solidarität und Ernsthaftigkeit unseres Handelns:
"Sollte es zu weiteren Angriffen, Übergriffen und Morden an Menschen durch Rassisten und Faschisten kommen, sollten weiterhin Angriffe auf linke Strukturen geschehen, dann sehen wir uns gezwungen, auf eine entschlossenere Art und Weise zu antworten,...!"
Dieser Unsinn befand sich zuletzt in der Interim Nr.230 und ist auch als Plakat erschienen.
Mal abgesehen davon, daß es sich hierbei um typische Großmäuligkeit und Wichtigtuerei, ohne was dahinter, handelt, von kaum jemand anderem erdacht als von weißen Scene-Typen, leugnet es völlig die Realitäten. Man kann es kaum Glauben, aber wenn dem kleinen Bruder von Punkerkralle was passiert, gibts ne heiße Nacht. Und wenn dieses Jahr 50 Menschen massakriert werden, ja dann, dann gehts aber ab ej!
Die Realitäten für Menschen anderer Hautfarbe, Homosexuelle, Obdachlose, Krüppel sehen seit Jahren schon, für Frauen seit Ewigkeiten, ganz anders aus. Sie sind oft nur noch mit Terror und Krieg zu vergleichen. Und dann kommen Scene-Typen daher, wenn es mal einen von ihnen erwischt und klotzen große Sprüche. Da ist das Hemd eben doch näher als die Hose, getreu dem Motto von Martin Niemöllers Zeilen "Als die Nazis die Kommunisten holten,..". Wir als weiße Linke können uns immer noch überlegen, ob wir uns in bestimmten Situationen verhalten oder nicht, wenn wir nicht gerade wie "linke Zecken" rumlaufen. Andere können wegen ihres Äußeren und/oderihres Geschlechts nicht anders.
Das die Realitäten für diese gesellschaftlichen Gruppen nur selten wahrgenommen und im Verhältnis zur Betroffenheit bei "eigenen" Opfern nur begrenzte Aufmerksamkeit finden, zeugt von Ignoranz und beschränkten Weltblick. Auf den Punkt gebracht ist es rassistisch und sexistisch.

Wie sieht die Solidarität mit den gefangenen und gesuchten türkischen und kurdischen GenossInnen aus?
Ein kurzer Rückblick: Seit mehreren Jahren kann man in den Medien und von Seiten des VS und des Staatsschutzes ein allgemeines lammentieren über die Bedrohung durch die autonome und antifaschistische Scene verfolgen. Größter Beliebtheit erlangten dabei zunächst "gewalttätige Jugendbanden", denen jegliche politische Inhalte abgesprochen und als schlichtweg "Kriminelle" dargestellt wurden. Ebenso gerieten antifaschistische Gruppierungen ins Fadenkreuz, die gegen, für die Herrschenden letztlich aber gemeinsam mit den "Rechtsextremisten", den Staat bekämpfen und das Gewaltmonopol untergraben würden. Der Erfolg gegen Olympia, vielfältige Aktionen gegen Berlin als Hauptstadt und die Erkenntnis des letzten VS-Berichtes, in dem in Berlin die personell stärkste Gruppe Autonomer ausgemacht wurde, führte dazu, daß diesem potentiellen Faktor der Garaus zu machen ist. Krawalle, Anschlagsserien und schwere Politiker- und Bonzenträume passen nicht in den Fleur einer Weltstadt und schaden nur dem Ansehen. Es ist von allerhöchstem Interesse, das hier Ruhe herrscht. Das müssen wir immer wieder bedenken, nichts ist hier "rechtsstaatlich", alles sind hochpolitische Entscheidungen.

Wenn Gruppen ausländischer Jugendlicher, wie auch Antifasist Genclik, sich gegen Rassismus und Faschismus von Staat und Gesellschaft zur Wehr setzen, erfolgt dies aus einer gänzlich anderen Bedrohungssituation gegen sie, als gegen uns weiße Linke. Das führt mitunter zu Konsequenzen und Sichtweisen, die mit "autonomer Politik" im Widerspruch stehen können. Ein deutliches Beispiel waren die Vorgänge auf der Hoyerswerda-Demo und die Nachbereitungs-VV dazu. Resultat war eine Spaltung ausländischer Jugendlicher und einem kleinen Teil der Scene auf der einen und dem Rest auf der anderen Seite. Dieser unausgetragene Konflikt spiegelt sich jetzt im Verhalten der "Scene" zu der Kriminalisierung von A.G. wieder:
1. Assoziation von A.G. mit ausländischer Jugendbande = gewöhnliche Kriminelle, die gehören gar nicht "richtig" zu "uns".
2. Die Hoyerswerda-Geschichte = politisch irre Betonköpfe, Politikunfähigkeit, usw.
3. Geschickt inscenierte Pressemitteilungen:"Täter gefaßt - Mordfall geklärt", mit Mord und Todschlag haben "wir" nichts zu tun, Vorverurteilung.
Weiß man um die Fraktiönchen in der Scene ist auch "verständlich", warum ein Beitrag von Ali (einem Gesuchten), nachdem er auf der Knastkundgebung vom 5.12.93 nicht gehalten wurde, in der Interim Nr.265 zunächst ohne die Kritik zu diesem Vorgang abgedruckt wurde. Erst mit der Nachfrage danach von anderer Seite wurde dieser veröffentlicht.
Dem Staatsschutz kommt diese Abgrenzung und Spalterei natürlich sehr gelegen und sie können sich fast ausrechnen, daß sich aus dieser Kriminalisierung keine Massenmobilisierung aufbaut (?).

Ein anderer Punkt ist die schier größenwahnsinnige Zahlenjongliererei. Von 350-400 TeilnehmerInnen der Kundgebung, werden in der Interim Nr.265 bis zu 1000 und im Ak 1500. Alles Lüge! Liebe Gefangene, tatsächlich waren es 7831, 10 GenossInnen mehr und wir hätten euch rausgeholt. Das nächste Mal bringen alle WGs ihgre Schaufensterpuppen mit, die können sich auch vermummen, vielleicht klappts ja dann!
Ich glaub es gibt nichts fataleres, als sich, vor allem aber den Gefangenen, was vor zu machen, wie toll wir alle sind.
"Als ich selbst drin war, hat es mich immer gestört, das uns die Besucher Märchen erzählten über das, was draußen passiert. Als mich die gefangenen Companeros nun fragten, antwortete ich ehrlich. Ich mußte also sagen: es läuft nichts draußen. Es gibt Probleme. Und wie ist es mit der sozialen Bewegung?, fragten sie. Nichts ist damit, sagte ich, es passiert zur Zeit nichts. Das zu erzählen mag schockierend sein, aber ich weiß, daß man die Realität wissen will, wenn man drin ist. Die meisten Besucher versuchen dafür zu sorgen, daß sich die Gefangenen wohl fühlen. Sie behandeln sie wie Kranke." (Quelle 2)
Sind das die ersten Vorboten dieses Phänomens?

Kritik an die UnterstützerInnengruppe
Ich kann zwar Kritik an die UnterstützerInnengruppe richten, werde aber von euch als solche keine Antwort bekommen. Es liegt in der Natur der Sache, daß solche Gruppen aus einem Sammelsurium von Meinungen, Sichtweisen und Politikverständnissen bestehen. Das führt oft dazu, daß die meiste Zeit und Energie zur Konsenssuche draufgeht und für die eigentlichen Aufgaben die Kraft fehlt. Klar, bedarf es einer gemeinsamen Handlungsgrunglage für die

Solidaritätsarbeit und die muß erstmal gefunden sein, aber, ohne etwas vorgreifen zu wollen, wenn es nicht geht zieht daraus Konsequenzen und spaltet euch. Lieber zwei Gruppen mit unterschiedlichen Sichtweisen und Verständnissen als eine handlungsunfähige.
Jetzt konkret: Nach 2 Monaten seit den ersten Festnahmen, hab ich den Eindruck, die ganze Geschichte wird auf kleiner Flamme gekocht. Bis jetzt keine Veranstaltung dazu, keine (?) Pressearbeit und weitgehende Unkenntnis der Situation in anderen Städten. Eure Öffentlichkeitsarbeit findet bis jetzt hinter verschlossenen Türen statt.
Zu den "Herzschlägen", Nr. 1: Katastrophal und wenig fortrschrittlich finde ich den dominanten Einfluß proletarischer KP-Kultur der 20er und 30er Jahre mit tendentiell sexistischen Inhalt. Was soll damit vermittelt werden? Weiter bereitet mir der Part "Wir über uns" sorgen. Dort steht, ihr wollt über Fakten berichten, Meinungen und Analysen sollen sie Ausnahme bleiben. Damit wäre eine abweichende politische Meinung und Kritik an Form und Inhalt der Freilassungskampagne oder der "Herzschläge" schonmal präventiv der Boden entzogen (Vorwegzensur).
Keine Frage, den Sinn und Zweck eines regelmäßigen Informationsblattes zu bezweifeln, aber bitte offen für Unterschiede und nicht mit dieser inhaltlichen Ausrichtung.
Noch ein Punkt: Im ersten Flugblatt zu den Festnahmen, Zwischenüberschrift:"Polizei und Justiz auf dem rechten Auge blind".
Wir müssen davon wegkommen, uns immer wieder auf die Suche nach dem Rechtsstaat zu begeben, indem wir die ungerechte Behandlung von Links und Rechts durch diesen Staat bejammern. Entweder wir sind antagonistisch und erwarten nix, oder wir sind opportunistische SchwätzerInnen, die dauernt eine falsche Orientierung vermitteln und damit reproduzieren.
Der Staat.."ist eben nicht blind auf dem rechten Auge, sondern wachsam und berechnend: Mehr oder weniger offen hält der Staat rassistische und nationalsozialistische Oraganisationen aus, um sie für seine Zwecke zu nutzen." (Antifaschistische Aktion, 4.2.89)
Das hat bis zu dem Punkt seine Gültigkeit, an dem höher gestellte Interessen, wie Außenhandelsbilanzen oder diplomatische Verstimmungen, in Mitleidenschaft gezogen werden (könnten), um daraufhin ein paar Organisationen zu verbieten und sich alsdann wieder als demokratische Mitte zu repräsentieren.

Wie weiter im Besonderen?
1. Es muß massiv Öffentlichkeit hergestellt werden. Es ist noch (oder schon wieder) in viel zu wenig Köpfen und Herzen Thema und in der Öffentlichkeit nicht präsent. Und das nicht in der Form, die armen Gefangenen zu bemitleiden oder gar eine Unschuldskampagne zu starten, sondern die Rolle des Staates und der Justiz anzukreiden und ihre Funktion offenzulegen. Das Ziel hat darin zu liegen, A: die Einstellung der Fahndung,B: Einstellung der Verfahren und Freilassung der Gefangenen und C: und
2. ist die Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit und unser ligitimes Recht auf direkte antifaschistische Aktionen zu vermitteln und zu propagieren. Zudem dürfen wir uns nicht paralysieren lassen. Trotz Schwächen und Unzulänglichkeiten muß diese Politik fortgesetzt werden (Den Schlag gegen uns nach hinten losgehen lassen).

3. Die direkte Zusammenarbeit von Bullen und Nazis muß schon in unser aller Interesse restlos aufgedeckt werden (wie in den "Herzschlägen" begonnen). Diese Tatsache sollte propagandistisch voll ausgeschlachtet werden, als Vorraussetzung und ersten praktischen Schritt für die Existenz von Todesschwadronen. (Im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen im "Einblick" wurde die Chance der Gegenpropaganda in den hochinteressierten Medien weitgehend verspielt.)

Und im Allgemeinen?
Die Festgenommenen, die Gesuchten und die Anklagepunkte stellen qualitativ und quantitativ seit langem alles Gewesene in den Schatten. In Berlin hat es sowas seit den Prozeßen gegen die "Bewegung 2. Juni" nicht mehr gegeben. Es geht darum stellvertretend abschreckende Urteile gegen aktive Selbstschutzmaßnahmen zu erwirken und damit die große Zahl an potentiell rebellierenden Immigrantenjugendlichen (siehe Solingen) in Schach zu halten.
Desweiteren sieht der Staatsschutz diesen Angriff auf die antifaschistische Scene auch als Testfall: Wie verhält sie sich, in einer Zeit der internen Krise? Wie verhält sich die Scene angesichts des weiter vorne schon beschriebenen interen Konfliktes?
Läßt sich die jetzt aktuelle Repressionswelle ohne große Widerstände durchsetzen, wie unzulänglich verhält sich die Scene dann erst zu Menschen, die in Zusammenhang mit "Klasse gegen Klasse" gebracht werden. Und dessen können wir uns bewußt sein: Früher oder später werden SOKOs Festnahmen machen, dazu sind sie da!
Wir können davon ausgehen, daß die Geschichte noch lange weiterlaufen wird und uns die nächste Zeit beschäftigt.

Wenn wir hier wirklich weiter kommen wollen, müssen wir uns unter anderem mit den eingangs formulierten Fragen auseinandersetzen. Auf jeden Fall muß für jede/jedem hier klar sein was los ist. Und alle, die sich ernstnehmen in der politischen Einstellung und ihren willen zur Veränderung müssen die Diskussion führen, für Klarheiten in ihren Köpfen sorgen und handeln!

Liebe und Kraft den gefangenen GenossInnen!
Liebe und Kraft den Untergetauchten!

Antifaschistischer Widerstand heißt Angriff auf den herrschenden Normalzustand!
Den nationalen Konsens brechen!

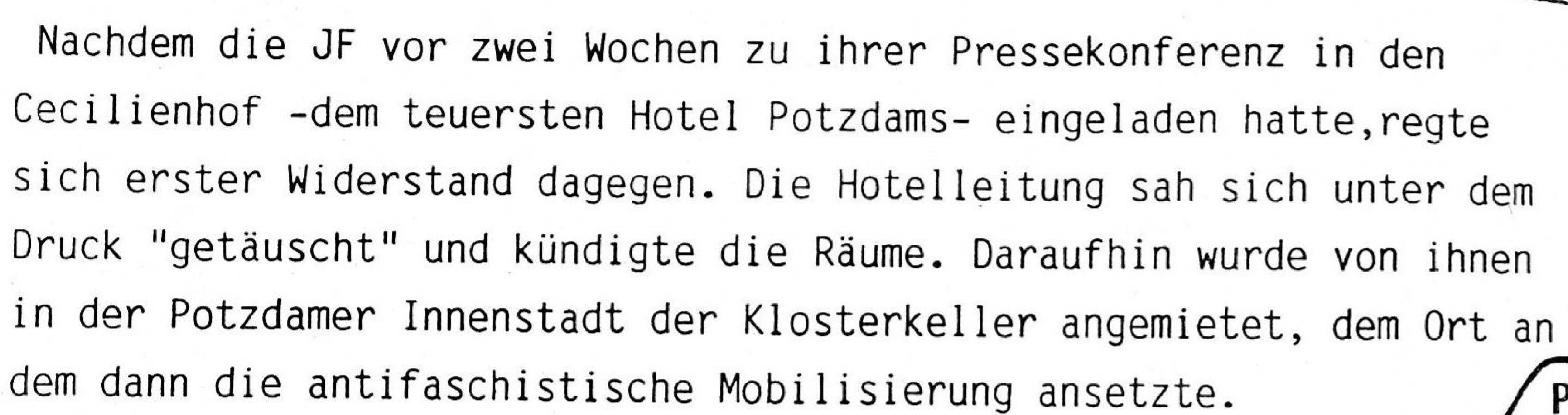
Quellen:
1. Redebeitrag vom Internationalen Symposium:"Haben die Deutschen nichts gelernt?", 8.11.92 in Nürnberg
2. Carlos Pino, ehemaliger chilenischer Gefangener, aus dem Buch."Die Nacht wird Sterne Haben"- Biografien aus dem chilenischen Widerstand

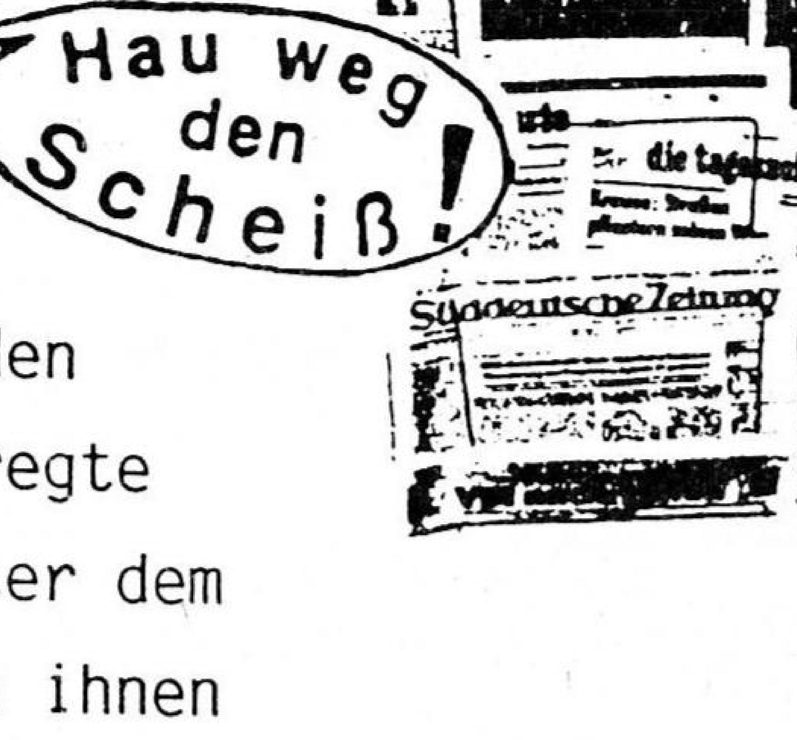
Literaturhinweise:
Beiträge zur Kriminalisierung der Hamburger Antifa von der Antifa-Soli-Gruppe Hamburg und der Antifa-Prozeßgruppe Hamburg, in dem Buch: "Aufruhr- Widerstand gegen Repression und §129a"-Materialien und Texte zur Diskussion.
Sowie verschiedene Beiträge der Antifaschistischen Aktion Hamburg,80er Jahre, ohne Quellen.

# Pressekonferenz der "Jungen Freiheit" verhindert

## JUNGE FREIHEIT ANGREIFEN!

Die von der JUNGEN FREIHEIT am 20.1. 94 geplante Pressekonferenz ist verhindert worden! Dies ist va. der antifaschistischen Mobilisierung zu verdanken, die Dummheit der JUNGEN FREIHEIT trug ihr übriges dazu bei.




Nachdem die JF vor zwei Wochen zu ihrer Pressekonferenz in den Cecilienhof -dem teuersten Hotel Potzdams- eingeladen hatte,regte sich erster Widerstand dagegen. Die Hotelleitung sah sich unter dem Druck "getäuscht" und kündigte die Räume. Daraufhin wurde von ihnen in der Potzdamer Innenstadt der Klosterkeller angemietet, dem Ort an dem dann die antifaschistische Mobilisierung ansetzte.
Zugleich setzte ein Verwirrspiel der JF mit der Presse ein, der zuerst gesagt wurde alles müße ausfallen, später jedoch auf neue Informationen am Donnerstag verwiesen wurde. So konnte dann Donnerstags über die Funktelefonnummer der JF der endgültige Termin erfragt werden, nach dessen Bekantgabe sich ein großer Teil der 200 in Potzdam versammelten AntifaschistInnen nach Berlin begab.

POTSDAM
ND 18.1.94

**Jugendliche besetzten Villa**

(dpa/ND). Eine leerstehende historische Villa in Babelsberg-Nord ist seit dem Wochenende besetzt. Die zehn Studenten und Abiturienten, die dort eine „Großkommune" einrichten und das Gebäude instand setzen wollen, streben noch in dieser Woche Verhandlungen mit der Wohnungsverwaltung Potsdam (WVP) an, die das Gebäude verwaltet.

Die Villa Johann-Strauß-Platz/Ecke Rosa-Luxemburg-Straße war um die Jahrhundertwende für einen jüdischen Kaufmann gebaut und 1938 von den Nazis enteignet worden. Danach lebten dort Brigitte Horney sowie Erich Kästner. Bis vor drei Jahren war dort eine Fachschule für Archivwesen untergebracht.

Nachdem Götz Meidinger bei den zwei Anmeldungen in Potzdam gescheitert war, hat es Ina Schmidt in Berlins erster Adresse, dem Grand Hotel geschaft. Um 12 Uhr, dem angesetzten Zeitpunkt der Pressekonferenz, gerieten die drei anwesenden JF`ler (Stein, Meidinger und Schmidt) durch lediglich eine Handvoll im Foyer versammelten Antifas in arge Bedrängniss. Die drei gaben ein wahrhaft lächerliches Bild ab, Frau Schmidt die hektisch versuchte ihre PR Materialien und Werbeexemplare zu verteidigen, und ein hochroter Dieter Stein im Maßanzug, der peinlich berührt minutenlang schwieg.

Als die 100 AntifaschistInnen aus Potzdam und Berlin vor dem Hotel erschienen und an die Scheiben klopften, forderte der Geschäftsführer des Hotels die JF`ler auf das Hotel zu verlassen, was diese dann auch durch den Seitenausgang taten, ohne vorher auch nur ein einziges längeres Interview zu geben. Die zwei geplanten Referate mußten ebenso ausfallen wie das im Hotel gebuchte Essen.

Im Hotel blieben die zurückgelassenen JF Materialien sich selbst überlassen, so daß sie sich verselbstständigten...

brühl druck + pressehaus giessen

erlag
unge Freiheit GmbH
mtsstr. 5 a

4414 Potsdam

07613 9801 19.1.94

TNT

100 Ex. Monatszeitung
Junge Freiheit, Nr. 1/94

# Pressekonferenz der "Jungen Freiheit" verhindert

Ihre Propagandaveranstaltung als Presseshow wurde verhindert, und es gelang sie in Potzdam und Berlin als das darzustellen was sie sind, als wichtiges Bindeglied zwischen Natinalkonservativen und Neofaschisten.

In ihrer für die Presse gedachten 22 Seiten Hochglanzbroschüre "Was sie schon immer über die "Junge Freiheit" wissen wollten", geben sie bebildert Auskunft über ihre Interview Partner, Unterstüzer und Autoren (von 37 Personen sind es 2 Frauen).

Für die „JF" schreiben und schrieben...

**Heinz-Uwe Haus**, Regisseur und Theaterwissenschaftler, Leiter des International Classic Theatre

**Prof. Dr. Robert Hepp**, Professor für Soziologie an der Universität Osnabrück

**Prof. Dr. Klaus Hornung**, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Tübingen

**Claus Jäger**, Bundestagsabgeordneter

**Gerd-Klaus Kaltenbrunner**, Publizist

**Dr. Günter Kießling**, General a. D. bis 1984 stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber von Europa

**Prof. Dr. Hansjoachim W. Koch**, Historiker an der Universität York, Fellow der Royal Historical Society

**Dr. Heinz Magenheimer**, österreichischer Militarhistoriker

**Christa Meves**, Mitherausgeberin des Rheinischen Merkur

**Andreas Mölzer**, Publizist

**Dr. Armin Mohler**, Publizist

**Prof. Dr. Klaus Motschmann**, Professor für Politische Wissenschaften an der Akademie der Künste Berlin

**Prof. Dr. Ernst Nolte**, Historiker

**Lutz Rathenow**, Schriftsteller

**Dr. Rolf Schlierer**, Fraktionsvorsitzender der Republikaner im Landtag von Baden-Württemberg

**Caspar von Schrenck-Notzing**, Herausgeber der Kulturzeitschrift Criticón

**Dr. Franz Uhle-Wettler**, Generalleutnant a. D. bis 1987 Kommandeur des NATO-Defense College in Rom

**Theodor Weißenborn**, Schriftsteller und Hörspielautor

**Jorn Ziegler**, langjähriger Sprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte

VII. Ihre Ansprechpartner

**Dieter Stein**, Geschäftsführung und Chefredaktion
**Telefon: 0331/96 35 05**
**0331/96 713-0**
**Fax: 0331/96 35 05**



**Dr. Götz Meidinger**, Geschäftsführung und Management



**Andreas Molau**, Chef des JF-Feuilletons



**Ina Schmidt M. A.**, Presse und Public Relations

Wir stehen hinter der Zeitung

**Prof. Wolfgang Mattheuer**, Maler und Schriftsteller in Leipzig

**Axel Matthes**, Geschäftsführer des Verlages Matthes & Seitz

**Prof. Dr. Ernst Nolte**, Historiker

**Dr. Heinrich Seewald**, BusseSeewald Verlag Stuttgart

**Prof. Dr. Klaus Motschmann**, Professor für Politologie an der Akademie der Künste Berlin

**Dr. Herbert Fleissner**, Geschäftsführer der drittgrößten Buchverlagsgruppe Deutschland, Ullstein Langen Müller, München

**Kirchenrat Dr. theol. Rolf Sauerzapf**, als Dekan Leiter der evangelischen Seelsorge im Bundesgrenzschutz

Die erste wöchentliche JF Ausgabe offenbart nicht viel neues, auffallend ist das Fehlen der Hauptstadtseite mit ihrem Verantwortlichen Carsten Pagel, der auch nicht mehr im Impressum auftaucht.
Nachdem der Leiter des Berliner JF Lesekreises Helge Drescher Morddrohungen erhalten hat, veröffentlicht er erstmals nicht mehr seine Telefonnummer sondern nur ein Tempelhofer Postfach.

Nachdem letztes Jahr mehrere Aktionen gegen Kioske welche die JUNGE FREIHEIT und andere Nazizeitungen verkaufen liefen, sind diese Zeitungen jetzt meißt unter dem Ladentisch. Damit sind sie zwar aus dem Stadtbild verschwunden, aber das Ziel ist mittelfristig die totale Einstellung des Verkaufs! Dies ist kein unrealistisches Ziel, die Öffentlichkeit ist relativ sensibilisiert und die Kioske sind materiel verletzbar.

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Stoppt die Nazizeitungen - den Faschisten keinen Raum!

**FÜR EINE STARKE**

**ANTIFASCHISTISCHEORGANISIERUNG**

# REP-Veranstaltung in Magdeburg verhindert

**BANDIERA ROSSA**
**Antifaschistische Gruppe**

Kontakt über Postanschrift:
Bandiera Rossa A.G. c/o JWP
Immermannstr.30 Magd. 39108

**Republikaner-Kreisverbandstreffen durch antifaschistischen Protest verhindert**

Am 10.1.1994 sollte in der Gaststätte "Zum Prater" im Magdeburger Stadtteil Cracau ein Treffen des Kreisverbandes der Republikaner stattfinden, wo u.a. die Kandidaten für die Bundes- und Landtagswahlen aufgestellt werden sollten. Dieses Treffen wurde kurz vorher vom sachsen-anhaltinischen Rep-Landesvorsitzenden Rudolf Krause aus Bonese offiziell abgesagt. Angemeldet war es als "Vertriebenen-Treffen" von Joachim Czuga, dem Pressesprecher des Magdeburger Vertriebenenverbandes Oberschlesien und stellvertretenden Rep-Kreisverbandsvorsitzenden. Die Gaststätte sagte daher das Treffen wegen "Fehler bei der Anmeldung" und "Wasserschäden" ab und schloß an diesem Tag gleich ganz.

Trotz der Absage des Treffens sammelten sich ca. 300 AntifaschistInnen im Stadtteil Cracau und zogen durch die Innenstadt. Unter dem Motto "Keinen Fußbreit den Faschisten!" sollte deutlich gemacht werden, daß auch in Zukunft den Reps und anderen Faschisten entschlossener Widerstand entgegengesetzt wird. An der Vorbereitung der Demonstration beteiligten sich auch die Magdeburger EdelweißpiratInnen, der AAZ (Autonomer Antifaschistischer Zusammenschluß) und die Antifa-Jugendfront Magdeburg/Nord. Leider wurden durch irgendeine Panne die vorbereiteten Flugblätter nicht an die PassantInnen verteilt. Dennoch konnte über Pressebetreuung und -erklärungen das Anliegen der Demonstration vermittelt werden. So ist es auch erfreulich, daß in einigen Medien die Presseerklärung unserer Gruppe zitiert wurde.

Nach dem "offiziellen" Ende der Demonstration in der Innenstadt zogen ca. 150 AntifaschistInnen noch zu der Gaststätte "Zum Prater", weil es Gerüchte gab, daß Rep-Treffen würde doch dort stattfinden, was sich jedoch nicht bestätigte. Vor der Gaststätte fand zur selben Zeit eine Lichterkette statt, zu der eine BürgerInnen-Initiative gegen Rassismus in Cracau aufgerufen hatte. Leider kamen zu der Lichterkette jeoch nur ca. 25 Menschen.

"Um Steinwürfe und Farbschmierereien an der Gaststätte" zu verhindern, war beim "Prater" ziemlich viel Polizei aufgezogen, die sich jedoch weitgehend zurückhielt. Zweimal während der Demonstration wurde ein Antifaschist namentlich aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Demo friedlich bleibt. An der Gaststätte und vor dem Polizeirevier Mitte kam es zu vereinzelten Steinwürfen auf die ausgerüsteten und teilweise vermummten Beamten.

Ärger gab es während der Demonstration vor allem mit besoffenen Punks, die sich - trotz mehrfacher Aufforderung - weigerten, ihre Bierdosen und Weinflaschen wegzutun. Leider greifen bei solchen Vorfällen noch zu wenig Leute ein und so gelang es nicht, die Besoffenen aus der Demo zu werfen. Probleme gab es auch mit den Ketten. Bis auf die ersten paar Reihen waren die Ketten sehr durcheinander, zu kurz oder zu lang oder gar nicht vorhanden. So wäre es für die Polizei leicht gewesen, in den Demozug hineinzugelangen und Demo-TeilnehmerInnen herauszugreifen.

Nach der Demonstration versuchte mindestens ein Auto mit Faschisten, DemoteilnehmerInnen anzugreifen, was ihnen aber in dem von Antifaschistinnen beobachteten Fall nicht gelang.

Dennoch war die Demonstration - nach unserer Einschätzung - recht erfolgreich. Für eine derartig kurze Mobilisierungszeit und trotz der offiziellen Absage des Treffens kamen ca. 300 AntifaschistInnen zusammen, um gegen das geplante Faschisten-Treffen zu protestieren.
Hoffentlich ein guter Auftakt für antifaschistische Arbeit 1994 in Magdeburg.

BANDIERA ROSSA Antifaschistische Gruppe

# München: Protestaktionen gegen den Film "Beruf: Neonazi"

**Premieren verhindert**

## Protestaktionen gegen den Film „Beruf Neonazi"

**Nun ist er also auch in München angelaufen: der Film „Beruf Neonazi" von Winfried Bonengel. 83 Minuten kann der Münchner Neonazi Ewald Bela Althans als Hauptdarsteller seine Fähigkeiten, seine Naziideologie inclusive Auschwitzlüge nach Belieben darstellen, seine Ansichten in Ruhe ausbreiten, freundlich und gelassen.**




In einer Presseerklärung des Münchner Bündnisses gegen Rassismus wird dazu festgestellt: „Der Film ist weder antifaschistisch noch dient er der Aufklärung über die Neonazis und die Gefahren von Rechts . . . „Der Nationalsozialismus ist nur dann gefährlich, wenn er salonfähig wird", sagt Althans, allerdings nicht im Film. „Ich will das Recht bekommen, als Nationalsozialist meine Meinung zu sagen" . . . Der Film Beruf Neonazi verhilft ihm dazu. Die öffentlichen Kinovorstellungen sind — unabhänig von den Intentionen der Kinobetreiber — ein Dammbruch für die Neonazis. Althans wird salonfähig".

Auch von anderen antifaschistischen Organisationen wurden die BetreiberInnen vom Werkstattkino und vom Maxim aufgefordert, diesen Film nicht zu zeigen. Dies wurde von den BetreiberInnen, denen man keine faschistoiden Tendenzen unterstellen darf — im Gegenteil!, abgelehnt. Sie pochten darauf daß der „mündige Zuschauer" sich selbst eine Meinung bilden könne. Überraschend erklärte sich das Filmmuseum in Stadtmuseum bereit, am 9. 1. eine Vorpremiere durchzuführen. OB Uhl verbot diese Vorführung: „Einige rechtsradikale Zuhörer in Vorführungssaal, die bei der Auschwitzlüge applaudieren, hätten genügt, damit die Medien von einem nazistischen Spuk unter Verantwortung der Stadt berichten können", sorgte er sich. Es waren aber auch rund 200 AntifaschistInnen gekommen, um gegen die Aufführung des Filmes zu protestieren. Der Film sollte nun am 14. 1. im Werkstattkino und im Maxim anlaufen.

Das Münchner Bündnis gegen Rassismus rief dazu auf, diese Vorführungen zu verhindern. Es wurden Protestkundgebungen angemeldet am 14. 1. vor dem Werkstattkino, am 15. 1. vor dem Maxim. Am 14. 1. gelang es dann auch, beide Vorführungen zu verhindern. Rund 100 AntifaschistInnen beteiligten sich an den Aktionen. Das Werkstattkino setzte die Vorführung noch während der Kundgebung ab, um eine „Eskalation zu vermeiden". Ein Teil der Leute hatte den Eingang blockiert. Auch beim Maxim wurde der Eingang blockiert, und nachdem der Film im Werkstattkino nicht lief, kam „Verstärkung". Doch anders als im Werkstattkino kam es im überfüllten Kinosaal zu einer Diskussion und auch hier wurde der Film nicht gezeigt.

Die Diskussionen bei allen Aktionen liefen äußerst kontrovers. Von Seiten der Leute die den Film sehen wollten, kam immer wieder der Vorwurf der „Zensur", was von den GegnerInnen des Filmes zurückgewiesen wurde. Am 15. 1. konnte trotz einer Kundgebung vor dem Maxim eine Aufführung nicht mehr verhindert werden. Der Film lief in beiden Kinos und soll auch noch mindestens 14 Tage laufen.

Es ist zu hoffen, daß die Aktionen zumindest die Sensibilität der Leute die den Film anschauen gestärkt haben. Vor „Beruf Neonazi" laufen jetzt die Vorfilme „Nacht und Nebel" (Maxim) und „Todesmühlen" (Werkstatt), nach den Filmen finden Diskussionen statt, zu denen ausdrücklich auch AntifaschistInnen eingeladen sind. Und wenn sich diese Diskussionen nicht nur um Kunstbegriffe geht, sondern auch darum, was gegen die Neonazis, gegen Rassismus und vor allem gegen Althans und sein AVÖ-Büro zu tun ist kann auch noch was erreicht werden. — *(ror)*

# Hamburg: Prozeß gegen Antifas wegen Angriff auf die FAP-Bundesgeschäftsstelle

Am 2.12.92 versuchte eine Gruppe von ca. 30 (hauptsächlich türkischen) AntifaschistInnen, die Bundesgeschäftsstelle der FAP in Krupunder zu stürmen. Während dieses Angriffs wurden vier vor dem Haus als Wachen postierte FAP-Mitglieder verprügelt, sowie bei einem Auto u.a. alle Scheiben eingeschlagen. Der anschließende Versuch, direkt in die Geschäftsstelle zu gelangen, mißlang, da im Treppenhaus anwesende FAP'lerInnen mit Gas auf die AntifaschistInnen schossen.
Einer der FAP-Bewacher vor dem Haus wurde während des Angriffs mit einem Messer lebensgefährlich verletzt. Die Pinneberger Kripo bildete sofort eine Sonderkommission, die schon am nächsten Tag begann, gegen sechs in Hamburg lebende MigrantInnen wegen versuchten Mordes und schwerer Körperverletzung zu ermitteln. Zwei der Betroffenen waren Freunde der einige Tage zuvor in Mölln von Faschisten ermordeten Türkinnen.

Am Dienstag, dem 18.1.94 und den folgenden beiden Dienstagen findet nun der Prozeß gegen sechs Angeklagte vor dem Amtsgericht Pinneberg statt. Vorgeworfen wird ihnen schwerer Landfriedensbruch und z.T. schwere Körperverletzung.
Zu den Verhandlungen sind als ZeugInnen u.a. auch FaschistInnen der FAP geladen.
Weiter ist der Fascho-Anwalt Jürgen Rieger Vertreter der Nebenklage.
Es ist zu befürchten, daß die FAP diesen Prozeß nutzt, um Präsenz zu zeigen. Auch deswegen ist es wichtig, daß viele AntifaschistInnen zu den Prozeßterminen kommen, um dem möglichen Erscheinen der Faschisten etwas entgegenzusetzen!

**Prozeßtermine:**
18.1., 25.1. und 1.2. 1994
jeweils um 9.00 Uhr im Saal 1/1 im Amtsgericht Pinneberg, Bahnhofstraße 17.

Kommt zu den Prozessen!!

# Kassel: Prozess gegen Antifa

Am 14.8.1993, im Vorfeld des sogenannten "Rudolf-Hess-Gedenkmarsches", der mit 500 TeilnehmerInnen in Fulda stattfand, wurde in Allendorf-Rennertehausen bei Frankenberg der Neonazi Thomas Kubiak zusammengeschlagen. Er erlitt, so die Angaben von Polizei und Presse, eine lebensgefährliche Kopfverletzung und mußte in der Marburger Uni-Klinik operiert werden.

Thomas Kubiak ist kein Unbekannter. Bei ihm handelt es sich um einen Funktionär der "Nationalen Jugend" und den Mitinitiator der "Sauerländischen Aktionsfront" (SAF). Die SAF ist eine faschistische Organisation, die seit dem Spätsommer 1991 vor allem im Hochsauerlandkreis und im Kreis Waldeck-Frankenberg aktiv ist. Auf Flugblättern der SAF wurde zu Angriffen auf Flüchtlingsheime und AusländerInnen aufgerufen oder das Pogrom von Hoyerswerda als Erfolg gefeiert. Auch diese Öffentlichkeits- und Aufbauarbeit der SAF führte im Laufe des Jahres 1992 zum Anstieg faschistischer Aktivitäten in der Region: Am 18.7.92 kam es in Meschede im Sauerland zum Aufmarsch mehrerer neonazistischer Gruppen, u.a. der "Anti-Antifa". Ein Tag später wurde ein Brandanschlag auf das Flüchtlingswohnheim in Schröck bei Marburg verübt. Am 12.9.92 wurden zwei Antifaschisten in Arolsen überfallen und einer von ihnen erheblich verletzt. In der Nacht vom 5. auf den 6.12.92 verprügelten flugblattverteilende Skinheads in Bromskirchen in Nordhessen zwei Diskothekenbesucher. Erst Anfang November 1993 kam es zu großangelegten Hausdurchsuchungen gegen Mitglieder der SAF.

Nach dem Überfall auf Thomas Kubiak reagierte die Polizei schneller. Zwei Tage später, also am 16.8.1993, wurde eine erste Person mit dem Vorwurf des "schweren Landfriedensbruchs" und des "gemeinschaftlich begangenen versuchten Totschlags" festgenommen. In der folgenden Woche wurden neun weitere Menschen verhaftet, die alle aus antifaschistischen Zusammenhängen im Raum Arolsen kommen. Somit befanden sich 10 Menschen in U-Haft, drei weitere Anti-faschisten wurden von der Polizei verhört und nach einer Nacht in der Zelle freigelassen. Eine weitere Person war flüchtig.
Nach 4 - 7 Wochen Haftdauer wurden die Festgenommenen wieder auf freien Fuß gesetzt. Den Vorwurf des "gemeinschaftlich begangenen versuchten Totschlags" ließen die Justizbehörden fallen. Es stellte sich heraus, daß die Verletzungen von Thomas Kubiak zu keiner Zeit lebensbedrohlich gewesen waren. Bereits zwei Wochen nach dem Überfall erschien er auf einem Treffen der "Hilfs-gemeinschaft Nationaler Gefangener" (HNG) im Vogelsberg.

Die Anklagepunkte gegen die insgesamt 14 Beschuldigten lauten nunmehr "einfacher bzw. schwerer Landfriedensbruch", "Nötigung", "Sachbeschädigung" und in einem Fall "Körperverletzung". Das Verfahren gegen die AntifaschistInnen ist aufgeteilt worden. Zunächst soll während sechs Sitzungstagen gegen die fünf relativ schwer beschuldigten Personen verhandelt, in drei folgenden Prozeßtagen sollen acht weitere AntifaschistInnen wegen "Landfriedensbruch" abgeurteilt werden.

Der Prozeß beginnt am 4.2.1994 und findet vor dem Landgericht Kassel, Saalbau, Raum 133, Frankfurter Str. 11, 34117 Kassel statt. Fortgesetzt wird er am 11.2., 18.2., 25.2., 2.3. und 4.3.. Das Gerichtsverfahren wegen "Landfriedensbruch" fängt voraussichtlich am 11.3. an, die weiteren Termine sind der 18.3. und 25.3.94.

**Um den Angeklagten unsere Solidarität zu zeigen und öffentlich gegen die massive Kriminalisierung von antifaschistischem Widerstand zu protestieren, wollen wir am 4.2.1994 um 8:00 Uhr morgens eine Kundgebung vor dem Landgericht veranstalten.**

Kasseler Soligruppe

# Kritik an der Veröffentlichung der "Junge-Freiheit"-Aboliste

13.01.1994

Liebe "Interim"-Redaktion,

anlaß meines Briefes ist die Sondernummer Eures Heftes aus dem November 1993. In dieser Nummer wurden die Namen und Adressen der Bezieher der "Jungen Freiheit" im Jahre 1990 abgedruckt.

Prinzipiell ist eine solche Dokumentation nach dem Motto "Know your enemy" eine löbliche Angelegenheit. Faschisten müssen namhaft genannt werden, wo immer man ihrer habhaft wird. Besonders der Faschismus ist eine Ideologie der Feigen und Schwachen, die sich hinter ihren Organisationen verstekken und nur im Kreise Gleichgesinnter ihre wahre Fratze zeigen.

Ich schreibe Euch hier aber als Betroffener, denn auch mein Name und meine (frühere) Adresse stehen in der Bezugsliste, wie ich aus zwei Quellen erfuhr, die ich als Kopie beigefügt habe.

Am 5.1.1994 erhielt ich ein Schreiben vom faschistischen "Deutschen Rechtsschutzkreis e.V. (DRsK)", in dem über Euer Sonderheft berichtet wurde, Teile daraus abgedruckt wurden und der Vorschlag unterbreitet wurde: "Sie sollten - evtl. mit Hilfe eines Rechtsanwaltes - prüfen, ob hier nicht ein verdeckter Aufruf zu Straftaten, also der Verdacht auf einen Straftatbestand nach § 111 StGB vorliegt und möglicherweise Strafanzeige erheben und Strafantrag stellen". Offenbar geht der DRsK hier auf "Kundenfang", indem er alle im Sonderheft Genannten anschreibt und verängstigt. Beigelegt war ein Pamphlet mit dem Titel "Recht und Justiz", den Umschlag zierten revisionistische Sprüche.

Heute erreichte mich ein Schreiben von der Kriminalpolizeiinspektion , in dem ich nach einigen beschwichtigenden Absätzen darüber in Kenntnis gesetzt wurde, daß auch mein Name in jener Liste erscheint. Hoffentlich werden Linke, die in Nazi-Schriften namentlich genannt werden, ebenso informiert.

Trotz Eurer mahnenden Einschränkung ("ihr müßt überprüfen, ... ob es wirklich Faschisten sind, ... vielleicht sogar Anfifas") fühle ich mich sehr unwohl bei dem Gedanken, daß ich als Antifaschist durch den Abdruck der Liste in den üblen Ruf eines Faschisten kommen oder gar ungerechte Repressalien erleiden könnte. Ich glaube nämlich nicht, daß jedem Leser dieser Liste obiger Vorbehalt bewußt ist, auch wenn es noch so betont wird.

Die "Junge Freiheit" habe ich tatsächlich eine Zeitlang zugeschickt bekommen. Ich habe sie jedoch niemals angefordert oder gar abonniert und war von ihrem Inhalt stets schokkiert. Allerdings habe ich der Zeitung auch nie geschrieben, daß ich mir die Zustellung verbitte, denn ich fand die Informationen aus erster Hand doch recht aufschlußreich. Irgendwann bekam ich die "Junge Freiheit" dann nicht mehr; ich dachte, das wäre schon viel länger her als 1990.

Wie diese Nazigazette an meine Adresse gekommen ist, weiß ich nicht mit Gewißheit. Ich habe jedoch eine Vermutung: Vor einigen Jahren war ich mit jemandem befreundet, der allmählich eine immer extremer werdende rechte Gesinnung aufwies. Da er kränklich und schwächlich war, tolerierte ich diese Entwicklung anfangs als Symptom psychischen Leidens und hoffte auf Besserung - vergebens. Dieser Verwirrte meinte, mit seinem Radikalismus hausieren gehen zu müssen und zu missionieren. So hat er - wie ich später von anderen hörte - Adressen seiner Freunde auf Interessentenlisten rechter Organisationen und Publikationsorgane gesetzt. Wahrscheinlich ist die meinige so in die Datei der "Jungen Freiheit" geraten - und über Adressenhandel o.ä. sicherlich noch in andere.

Heute ist jener Mensch übrigens völlig wahnsinnig geworden, fürchtet die "Vernegerung Deutschlands", leugnet den Holocaust und wähnt Anne Frank in einem Schweizer Altenheim, wie ich vom Hörensagen erfuhr. Mich meidet er und wettert über mich als "Linksbolschewisten". Falls er meinen Name inzwischen an Antifa-Listen der Nazis weitergegeben haben sollte, so wäre ich dort zumindest aufgrund meiner Überzeugung und nicht zufällig eingetragen.

Es ist nicht meine Absicht, mich für den Bezug der "Jungen Freiheit" zu entschuldigen, wenn ich auch nicht "Schuld" an deren Bezug bin. Es ging mir im obigen Abschnitt nur um die Erklärung des Sachverhaltes für meine Person. Sicherlich gibt es auch Antifaschisten, die sich bewußt Nazi-Zeitschriften beschaffen, um Material über die braune Brut zu erhalten, und diese werden ebenso in Bezugslisten geführt.

Daher halte ich Euren Entschluß, die Abo-Datei vollständig zu dokumentieren, für ungeeignet, ja verwerflich. Sobald sich jemand als Nazi erwiesen hat, soll er beim Namen genannt werden. Solange das nicht der Fall ist, darf dieser Anschein nicht erweckt werden.

Es grüßt Euch

# Aktion und Reaktion in Mannheim

Am 15.1.93 fand ein Solikonzert für die Prozesskosten der Hausbesetzung des Laurentiusblocks in der Mannheimer Necharstadt statt. Kurz vor Ende des Konzerts kam es am Alten Maßplatz zu einer Aktion gegen den bevorstehenden Abriß des Laurentiusblocks (mehrere Häuser, die einer Straßenerweiterung weichen sollen). Was während der Aktion genau stattfand, ist nur sehr schwer zu rekonstruieren.
Es wurde ein Feuerwerk abgebrannt, verschiedene Banken, Busse, Haltestellen der Mannheimer Verkehrsbetriebe, Autos und einige Geschäfte entglast, sowie Autoreifen in Brand gesetzt. Nach Bullenangaben beläuft sich der Sachschaden auf ca. 500.000 DM. Die Bullen, die relativ schnell zur Stelle waren, sperrten die Straßen rund um den Alten Meßplatz ab und fingen wahllos an, sich auf dem Heimweg befindliche KonzertbesucherInnen abzugreifen. Dabei gingen sie mit äußerster Brutalität vor. Neben den schon "normalen" Knüppeleinsätzen hetzten sie ihre Hunde auf vermeintliche TäterInnen. Viele der Festgenommenen wurden durch Hundebisse und Schlagstöcke verletzt. Teitweise wurden auch Menschen mit vorgehaltener Waffe verhaftet. Insgesamt gab es 38 Verhaftete und zahlreiche Personalienfeststellungen.
Zu der Aktion selbst ist zu sagen, daß viele kleinere Geschäfte entglast wurden. Deshalb wurde die Aktion für viele Menschen im Stadtteil nicht mehr nachvollziehbar. Die Festgenommenen wurden alle ED-behandelt und nach 40 Stunden dem Haftrichter vorgeführt. Durch die kurzfristige Bekanntgabe des Termins war es unmöglich, für eine optimale Verteidigung zu sorgen. So hatten nur 10 Leute einen Anwalt, 8 Leute kamen in U-Haft, während der Rest -meistens mit Meldeauflagen- am Montag nachmittag freigelassen wurden. Am Donnerstag (20.1.) sind auch die restlichen 8 Leute freigekommen.

EA Heidelberg

Spendenkonto: M. Figge "Gefangenenhilfe", Kto.Nr.: 25871707, BLZ 67290000, Volksbank Heidelberg

Wir haben selbst mehr Fragen als Antworten...

In der Nacht vom 15. zum 16. Januar wollten wir mit einem Feuerwerk auf dem alten Meßplatz und der Blockierung des Kreuzungsbereichs ein Zeichen gegen den Abriß des Laurentiusblocks setzten. Das arrogante Verhalten der Stadtoberbonzen und die brutale Räumung des besetzten Hauses durch die Polizei zeigten uns, daß es mit friedlichen Mitteln allein nicht getan ist. Wir haben daher am Samstag auch bewußt eine Konfrontation mit der Polizei in Kauf genommen. Kam es am Anfang noch zu Aktionen, die vertretbar und notwendig waren, wie der Angriff auf die MVG und die Kreditinstitute, die maßgeblich an der Umstrukturierung und der Zerstörung gewachsener Strukturen (in der Neckarstadt) beteiligt sind, so eskalierte die Situation später und es kam zu Aktionen (Zerstörung kleiner Läden und Beschädigung von Privat- PKWs), die wir so nicht mittragen können. Es war keinesfalls unser Ziel, Randale um der Randale willen zu machen und "kleine Leute" anzugreifen, unsere Aktion galt den Abzockern und Bonzen, die uns regieren.
Wir entschuldigen uns hiermit ausdrücklich bei den betroffenen AnwohnerInnen der Neckarstadt, dem VEB Laut & Lästig, dessen Veranstaltung durch uns in Mißkredit kam und bei allen Gruppen, die gegen den Abriß des Laurentiusblocks aktiv sind. Wir hoffen, daß sich die GegnerInnen des Laurentiusblock-Abrißes durch diesen Fehlschlag (im wahrsten Sinne des Wortes) nicht spalten lassen und zum Spielball irgendwelcher Macht- und Geldinteressen werden, sondern weiter aktiv für Ihren Stadtteil kämpfen. Für uns ist klar, daß wir nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern unser Verhalten und das Verhalten vieler anderer Leute aufarbeiten werden um solche Fehler in Zukunft zu vermeiden.

Trotz allem, Laurentiusblock bleibt !!

Autonome Gruppen

# Berliner Totalverweigerer in Militärarrest

Seit seiner öffentlichen Festnahme am 17. Januar befindet sich der Totalverweigerer Dietrich Steinhof in Militärarrest.
Dietrich versteht die totale Kriegsdienstverweigerung als Form des Widerstandes gegen die Politik eines Staates,

- der sich gegenwärtig anschickt, als Großmacht nun auch militärisch an der Unterdrückung der Völker der wirtschaftlich unterentwickelten Peripherien teilzunehmen;

- der Militärregime in aller Welt mit großzügigen Waffengeschenken für Völkermord und Unterdrückung belohnt;

- dessen politische Eliten soziale Konflikte soweit schüren, daß ImmigrantInnen und Flüchtlinge in der BRD nicht mehr sicher sind und durch den rassistischen Mob verfolgt und ermordet werden;

- der einerseits mitverantwortlich für die Etablierung und Aufrechterhaltung autoritärer Regime in anderen Ländern ist, andererseits die Grenzen der BRD gegen Flüchtlinge militärisch abschottet und täglich Menschen in Länder abschiebt, in denen ihnen Folter und Tod drohen.

Nach seiner Festnahme wurde Dietrich zunächst zum Marinesicherungsbatallion Rostock gebracht, von wo er am 19.1. zum Jagdgeschwader in Laage (30 km südlich von Rostock) gebracht wurde. Hier sitzt er in verschärftem Einzelarrest (einmal die Woche Besuch, eine Stunde Hofgang pro Tag, Telefonverbot).
Ihm drohen nun bis zu zwei Monate Einzelhaft im Bundeswehrarrest. Weiter kommt hinzu, daß Dietrich in der Rostocker Kaserene von Fascho-Soldaten indirekt bedroht wurde. Es hieß `er solle sich sehr genau überlegen ob er sich mit allen Faschos und Hools aus Rostock anlegen wolle'. Anlaß war wohl die Kundgebung, die am Samstag den 22.1. vor der Kaserne in Rostock von UnterstützerInnen Dietrichs durchgeführt wurde. Offensichtlich befürchteten die Militärs, daß die Kaserne gestürmt würde, was eine Truppe von 30 Mann - denen deshalb der Wochenendausgang untersagt wurde - hätte verhindern sollen. Ausgerechnet diese 30 scheinen zum rechten Rand innerhalb der Kaserne zu gehören.
Wir haben dem zuständigen Flottenkapitän Katzmartzyk schon mitgeteilt, daß wir sehr genau darauf achten werden wie es Dietrich weiterhin ergehen wird. Katzmartzyk ist nicht nur für die `körperliche Unversehrtheit' Dietrich's verantwortlich, er ist es auch, der darüber entscheidet, den Arrest für Dietrich zu verlängern oder aber mit einem Dienstverbot seine Freilassung zu verfügen.

Wichtig für diese Entscheidungsfindung ist, daß möglichst viele Organisationen und Einzelpersonen Druck auf Katzmartzyk und sein Umfeld ausüben. Neben unterschiedlichen Protestschreiben/-faxen freuen sich folgende Herren sicherlich auch über telephonische Anfragen und Proteste.

- Flottenkapitän Katzmartzyk, Marinesicherungsbatallion 3, Köpernikusstr.1, 18057 Rostock; Tel: 0381-37741, Katzmartzyk verlangen; FAX: muß telefonisch über vorstehende Nummer angekündigt werden, die Faxnummer ist dann 3308.

- Kriegsminister Rühe, Postfach 1328, 53003 Bonn
Tel: 0228-12-1-9100/oder 01, FAX:0228-5084

- Oberbürgermeister von Rostock
Herr Schröder, Neuer Markt 1, 18050 Rostock;
Tel: 0381-3811248, FAX: 0381-3811902

- Dietrich's Adresse in Laage:
Jagdgeschwader 73
Fliegerhorstgruppe Laage
18299 Laage-Kronkamp;
Tel: 0384-59620

# Infos aus ANATOPIA

## Daimler-Teststrecke: Papenburg oder Horstwald?

Wir wollen euch mal ne Sache öffentlich machen, die euch hoffentlich interessiert.
Eventuell hat Daimler keinen Bock auf nezünftige Torfschlacht und versucht sich in Kummersdorf-Gut/Horstwalde ca. 60km südlich von Berlin festzusetzen. Das dem was entgegengesetzt werden muß ist ja wohl hoffentlich klar.
Genaueres zu Horstwalde findet sich in dem Artikel.
Da aber absolut nicht klar ist, was Daimler macht, heißt das für uns Torfies hier sowieso keine Entwarnung. Was Benz letztendlich auch tut, wir werden hier immer konkreter von ner Räuming bedroht sein!!! Und sind mehr denn je auf Solidarität angewiesen.
TAG Y IST DER TAG DER RÄUMUNG für das Hüttendorf gegen die Mercedes Teststrecke in Papenburg.
Tragt euch in die Telefonkette ein. Seid wachsam und vorbereitet.
KEINE WEITERE RÄUMING VON BESETZTEN HÄUSERN UND WAGENBURGEN.

Für ein solidarisches und kämpferisches 94.

WIR BLEIBEN ALLE ! ! !

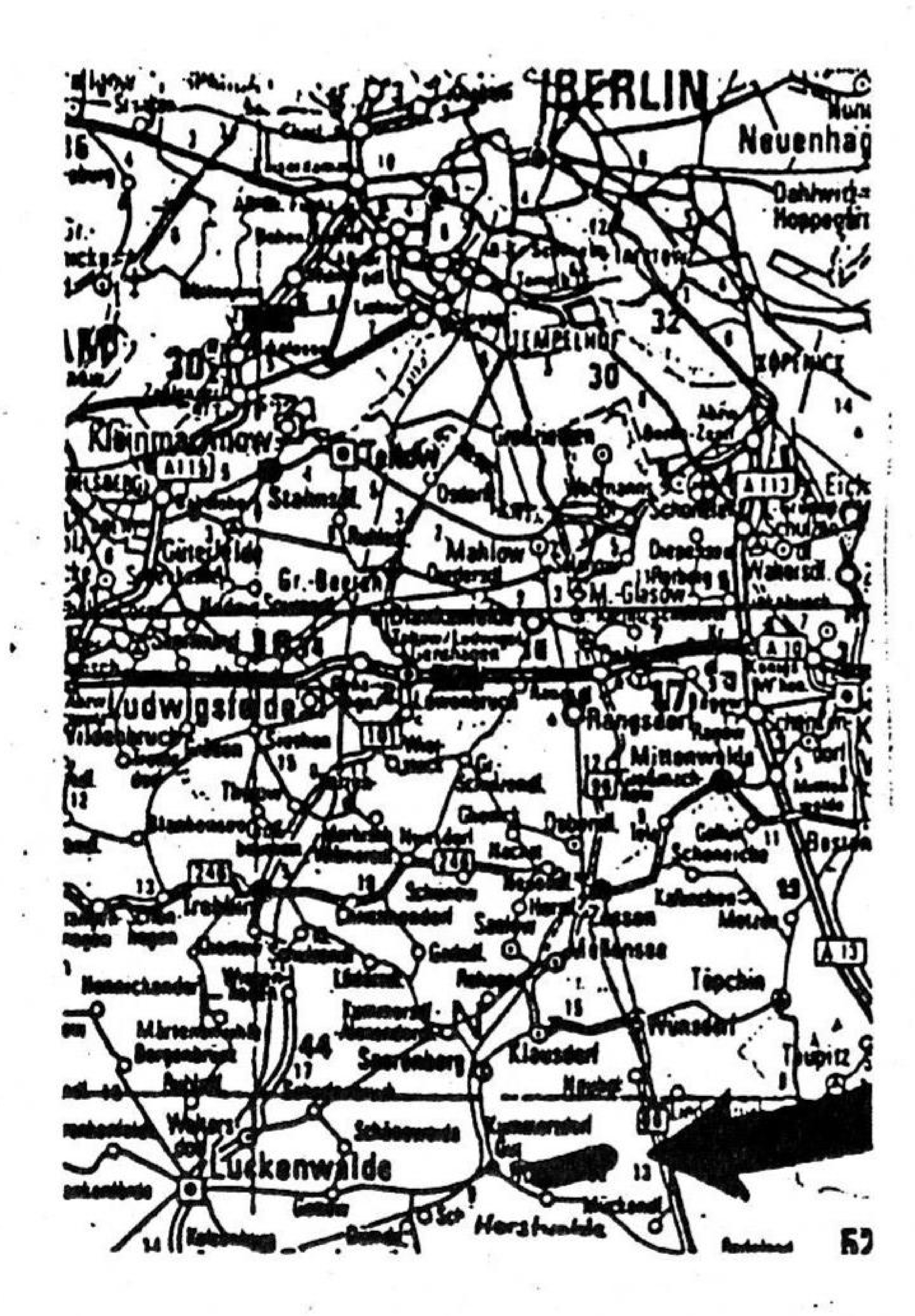
ANATOPIA
c/o Spillmannsweg 5
26871 Papenburg

# PAPENBURG ODER HORSTWALDE ?

Der Weg nach Kummersdorf-Gut ist abwechslungsreich: Er führt durch idyllische, kleine Dörfer, auf deren Dorfaue sich manchmal ein bunter Markt abspielt, und durch teilweise leicht hügelige Waldgebiete. Vorbei an riesigen Militäranlagen, die von der Straße als Warnschilder oder weiße Betonwand auszumachen sind, und leerstehenden, halbverfallenen Gehöften fast mit Burgcharakter. Die letzten zwei Kilometer verläuft die betonierte Landstraße schnurgerade durch ein Waldgebiet - wir befahren gerade die ehemalige Trabbi-Teststrecke, wie wir später erfahren werden.

Kummersdorf-Gut ist ein kleines, eigenartiges Dorf ca. 60 km südlich von Berlin. Eigenartig deshalb, weil hier rund 90% der DorfbewohnerInnen nur zu Gast sind: Es leben hier in grauen Wohnblocks, wie mensch sie eher in Warschau erwartet als in einem solchen Dorf, mehr als 4000 russische Soldaten, die in der nächsten Zeit abgezogen werden sollen. Das Dorf liegt mitten im Militärgürtel um Berlin, in dem die Landschaft bestimmt ist von Kasernen, Militärflughäfen und großen Schießplätzen.

Die militärische Tradition in Kummersdorf/Horstwalde ist nicht erst zu DDR-Zeiten begründet worden, sondern geht auf militärische Schieß- und Sprenganlagen aus dem Jahre 1871 zurück. Später dann wurde der Grundstein für eine weitere Tradition gelegt, die für die Region in Zukunft einschneidende Veränderungen mit sich bringen könnte: Im Jahr 1917 wurden die Schießanlagen Kummersdorf durch




eine "Versuchsstelle für Förderbahn- und Kraftwagenbetrieb" ergänzt.

### STANDORT MIT TRADITION

Im Laufe der nationalsozialistischen Kriegsvorbereitung und -führung wurde diese Anlage rege genutzt und weiter ausgebaut. Nach der Teilung Deutschlands gingen dann einige der Sprenganlagen und das KFZ-Versuchsgelände in das Eigentum der Nationalen Volksarmee über und sollten im folgenden nicht nur als universelles Prüfgelände für Militärfahrzeuge aller Art, Waffen und Kochgeschirr dienen, sondern auch als Stützpunkt für die Waffenschiebereien von Schalk Golodkowski.

Die KFZ-Prüfanlagen wurden auch für Tests ziviler Fahrzeuge genutzt (z.B. vom "Industriefahrzeugewerk Ludwigsfelde", IFA) und es entstand in unmittelbarer Nähe eine Trabbi-Teststrecke. Das Versuchsgelände entwikkelte sich zum Zentrum für Prüftechnik aller Art.

Als die "Wende" absehbar war, wurden die Versuchsanlagen von der NVA an das "Amt für Standartisierung, Meßwesen und Warenprüfung" (ASMW) abgegeben. Das Gelände hatte die NVA mit der dafür üblichen rigiden Aneignungspraxis mittlerweile auf eine Fläche von ca. 1500ha vergrößert, so daß heute verschiedene noch nicht gekärte Eigentumsansprüche auf Teile der Flächen bestehen.

Das ASMW ging im Zuge des "Einigungsvertrages" in die "Bundesanstalt für Materialprüfung" (BAM) ein. Damit beansprucht die BAM heute das Gelände, von dem sie ca. 700ha für eine "FKVV" (Fahrbahn-, Kraftfahrzeug- und Verkehrsversuchsanlage) zur Verfügung stellen will. Ob die BAM als Bundesbehörde die Anlage selber betreiben will oder eine private Trägerschaft vorgesehen ist, bleibt unklar. Die Nutzung soll durch Vermietung an verschiedene Fahrzeugfirmen zur Durchführung ihrer Tests realisiert werden.

### DIE TESTSTRECKE HORSTWALDE ...

Von den alten KFZ-Versuchsanlagen sind heute noch ein Steigungshügel mit Steigungsstrecken von 15 bis 65 Grad und ein aufwendiger Verwindungsrundkurs intakt. Diese Anlagen liegen auf dem Gelände der geplanten neuen Teststrecke, ebenso ein Sprengplatz, der dann verlegt werden soll.

# Daimler-Teststrecke: Papenburg oder Horstwald?

Die geplante Teststrecke sieht der von Papenburg sehr ähnlich. Der Ovalrundkurs ist auf eine Länge von 4.2km (zwischen den Steilkurven) zusammengeschrumpft (Pbg. ca. 6km), ansonsten "stimmen" die Größenverhältnisse. Zusätzlich zu den auch im Emsland vorgesehenen Testanlagen soll die Teststrecke in Horstwalde eine Anlage zur Simulation von Stadtverkehr umfassen, außerdem finden sich auf dem Plan zwei Anlagen zur Durchführung "spezieller Prüfungen", die nicht näher beschrieben werden.

Es werden laut Gutachten der mit der Planung beauftragten Gesellschaft (s.u.) mit 249 ständigen Arbeitsplätzen aufgrund der Teststrecke gerechnet, davon sind jedoch nur 72 Menschen der Region direkt auf der Anlage beschäftigt. 100 weitere Beschäftigte werden von den testenden Firmen für die Dauer der Tests mitgebracht und daraus folgen weitere Arbeitsplätze im Gastronomie- und Freizeitbereich (die Zahl von 300 Arbeitsplätzen für die Teststrecke Papenburg, die zudem weniger Testeinrichtungen umfaßt, erscheint vor diesem Hintergrund doch sehr hoch gegriffen... ).

Die "Berücksichtigung des Umweltschutzes" bei den Planungen erschöpft sich im wesentlichen in dem Bemühen um "geringstmögliche Eingriffe".

### ... LIEGT MITTEN IM WALD

Die alten Versuchsanlagen liegen heute unzusammenhängend im Kummersdorfer Forst. Dieses Waldgebiet ist ansonsten von der militärischen Platznahme verschont geblieben und deshalb eines der größten der Gegend.

Die ganze Region ist schwer von rücksichtsloser Naturzerstörung gezeichnet, und deshalb wollen zumindest die BewohnerInnen von Kummersdorf-Gut das, was geblieben ist, erhalten. In anderen angrenzenden Ortschaften hingegen zählt das Arbeitsplatzargument bisher noch mehr.

Die Gemeindevertretung Kummersdorf-Gut setzt auf sanften Tourismus. Auf dem Gebiet befindet sich eine bewaldete "Parabeldüne" aus der Eiszeit, die naturwissenschaftlich sehr interessant und nur zweimal in Europa zu finden ist. Das Waldgebiet umfaßt Teile mit 20 Meter hohem Eichenwald, der sich noch im Urzustand befindet, außerdem ein Feuchtbiotop.

Es soll ein Naturpark entstehen und im Rahmen dieser eigenständigen Entwicklungsbemühungen ein "militärischer Lehrpfad" eingerichtet werden, auf dem die Geschichte des Militärs aufgearbeitet werden soll.

### DAIMLER KAUFT EIN

Einige Kilometer vom geplanten Standort entfernt liegt Ludwigsfelde. Hier gab es zur Zeit des Realsozialismus eine "Firma mit volkswirtschaftlich besonderer Bedeutung", die unter strikter Geheimhaltung Triebwerke für die NVA entwickelte und testete. Diese Firma trägt jetzt den Namen "MTU" und gehört damit zum Daimler-Konzern.

Der ebenfalls in Ludwigsfelde ansässigen IFA, die mit der LKW-Produktion hier ehemals mehr als 10000 Menschen beschäftigte, wurden Ende 1991 die beiden Firmen "NLG" (Nutzfahrzeuge Ludwigsfelde GmbH) und "EGL" (Entwicklungsgesellschaft Ludwigsfelde mbH) ausgegliedert.

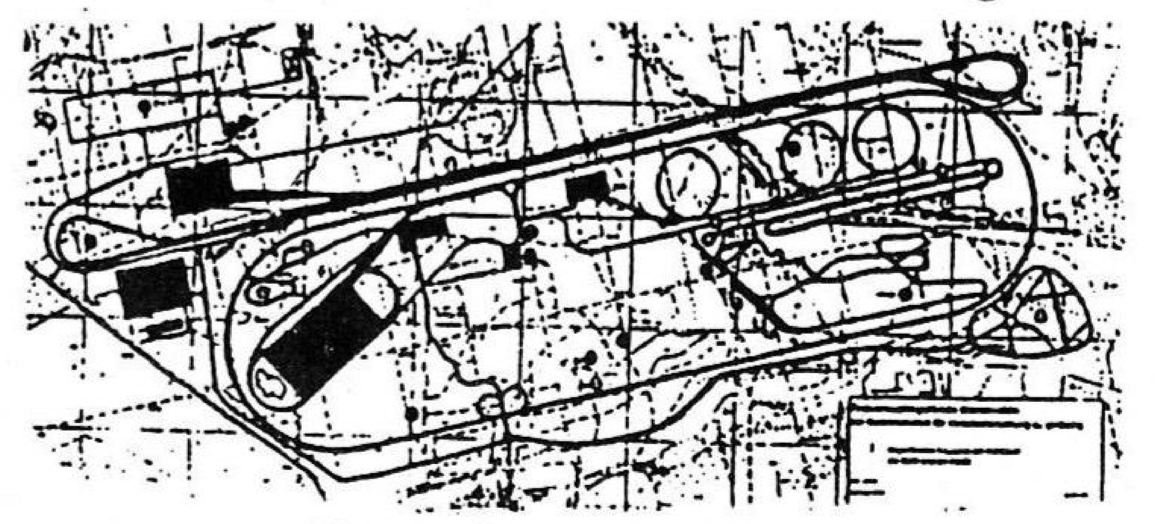
Die Firma NLG produziert mit etwa 1000 Beschäftigten LKW in Lohnarbeit für Mercedes. Daimler ist an der NLG bereits zu 25% beteiligt und strebt in 1994 eine vollständige Übernahme an. Die EGL hingegen umfaßt die Entwicklungsabteilung der ehemaligen IFA. Diese Firma erhielt den Auftrag von der BAM, eine Studie für die Standortwahl der zu errichtenden FKVV zu erstellen. Wie zufällig erhielt der Standortvorschlag Horstwalde/Kummersdorf von den untersuchten verschiedenen Standorten ganz Deutschlands die höchste Punktewertung - der Standort, auf dem die Ingenieure zur Zeit der IFA bereits ihre Produkte getestet hatten. Vermutlich wäre die EGL auch die Betreiberin einer Teststrecke Horstwalde, wenn sie denn gebaut werden sollte.

Höchst interessant ist die (nicht so öffentliche) Tatsache, daß die Firmen NLG und EGL dieselben Entscheidungsträger hat und somit Daimler auch an der EGL bereits zu 25% beteiligt ist. Wenn es 1994 zur Übernahme kommt, dann ist es Daimler-Benz, der die Teststrecke Horstwalde plant und höchstwahrscheinlich auch betreiben wird.

### "BROT UND SPIELE"

Daimlers Engagement im PR-Bereich spricht für sich. In der lokalen Presse ist der Konzern immer wieder vertreten, mit einem Fußballspiel einer "Mercedes-Elf" hier oder einer Meldung über eine Investition dort - der Konzern gewöhnt die Menschen der Region an seine Präsenz und die positiven Folgen derselben.

Vom 22. bis 24.4.93 veranstaltete Mercedes eine Werbeveranstaltung direkt auf dem vorgesehenen Prüfgelände: zwei alljährlich in der Region



stattfindende Verkaufsmessen wurden dazu zusammengefaßt. Die BesucherInnen aus der Gegend wurden zur Massenverköstigung ins Festzelt geladen und gingen überhäuft mit Werbematerial nach Hause.

Lokalpolitischen EntscheidungsträgerInnen wurde eine besonders intensive Gastfreundlichkeit zu teil: ihnen wurde in Einzelgesprächen der positive Nutzen der Teststrecke klargemacht und dabei von "unserer Teststrecke" gesprochen. Sie durften als zusätzliches kleines Bonbon mit Mercedes-Geländewagen die bestehenden Testeinrichtungen befahren.

### "PAPENBURG HAT PRIORITÄT"

Die Beteiligung von Daimler-Benz an der geplanten Teststrecke Horstwalde ist offensichtlich, vom Konzern wird sie jedoch nicht öffentlich gemacht. Dazu hatte Edzard Reuter jedoch am 26. Mai dieses Jahres Gelegenheit, als eine Rednerin des AK Teststrecke auf der Aktionärshauptversammlung eine Frage nach der Bedeutung des Standortes Horstwalde einbrachte.

Herr Reuter bestritt nicht die Beteiligung Daimlers, sondern stellte fest, daß aus "ökologischen und logistischen Gründen" der Standort Papenburg Priorität habe.

Diese Aussage ist recht unverbindlich gehalten, da der Konzern erfahrungsgemäß solche "Rahmenbedingungen" konzeptionell zu meistern weiß: die ökologischen Bedingungen in Papenburg sind deshalb "besser", weil der Konzern (lt. eigener Aussagen) plant, die Schädigungen dort "auszugleichen". Für ein solches "Verbessern der ökologischen Gesamtbilanz" böte die Region Horstwalde genügend Gelegenheit.

Die logistisch (sprich: ökonomisch) bessere Lage Papenburgs erscheint mir nicht einleuchtend, doch auch diese Rahmenbedingung ließe sich leicht durch einen Zuschuß aus dem Topf "Aufbau Ost" ändern...

Und nicht zuletzt läge ein Objekt mit nicht zu unterschätzendem Prestigegehalt logi(sti)sch gesehen besser 50km von der Wahlheimat der Konzernzentrale entfernt als 500.

Es bleibt abzuwarten, ob und wie Daimler den Standort Horstwalde öffentlich macht. Das Eingeständnis der Tatsache, daß die Standortwahl in erster Linie von ökonomischen Erwägungen abhängig ist, und nicht von der Sorge um die Ökologie und Ökonomie einer entwicklungsbedürftigen Region, dürfte schwer in die Werbekampagne für Papenburg zu integrieren sein. Das klammheimliche "Umschauen nach besseren Möglichkeiten" könnte gar viel an Vertrauen zerstören, was sich Daimler in kostenintensiver Kleinarbeit im Emsland aufgebaut hat.

Der Konzern wird wohl zunächst zweigleisig fahren, um die endgültige Entscheidung für oder gegen (bzw. gegen oder für) Papenburg von den dann gültigen "Rahmenbedingungen" abhängig zu machen.

Aus Sicht der Entscheidungsträger bei Daimler müßte der Standort Horstwalde mindestens ebenso attraktiv sein wie Papenburg.

Vielleicht steht ja demnächst die Gründung von "Anatopia-Ost" an ...

Martin vom AK Teststrecke

Nachrichten



# International Workers Aid for Bosnia

## Internationale ArbeiterInnenhilfe für Bosnien

1984/85, der britische BergarbeiterInnenstreik: BergarbeiterInnnen aus Tuzla in Bosnien spenden Tageslöhne an ihre streikenden Kollegen und Kolleginnen in Großbritannien.
Im Sommer 1993 nun beschlossen britische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sich zu revanchieren, dem Krieg gegen die Bevölkerung nicht länger tatenlos gegenüberzustehen. Innerhalb weniger Wochen wurden Nahrungsmittel, Medikamente, Kleidung und Geld gesammelt sowie Lastwagen gekauft, um einen Konvoi nach Tuzla zu schicken. Selbst organisiert werden mußte der Konvoi, weil ein Großteil der über die gewöhnlichen Hilfsorganisationen verteilten Güter die Betroffenen niemals erreicht. Entweder landen sie auf dem Schwarzmarkt oder werden von einer der Armeen beschlagnahmt. Über die Zusammenarbeit mit der Tuzlaer Bergarbeitergewerkschaft konnte dieses Problem gelöst werden.

Anfang September fuhr der Konvoi von der Timex-Uhrenfabrik in Dundee aus, deren Belegschaft seit Monaten gegen Massenentlassungen kämpft, los. Nach einer Solidaritätsdemonstration in London setzte er aufs europäische Festland über, wo er mit weiteren Lastwagen aus Schweden, Belgien und Frankreich zusammentraf. Mitte September war der Konvoi in der BRD mit kurzen Stationen u.a. in Berlin und Bischofferode.
Nach vielen Schwierigkeiten gelang es dem Konvoi im November letzten Jahres seine Lieferung bis nach Tuzla durchzubringen. Tuzla ist eine der wenigen Regionen in Bosnien, in denen nach wie vor die Menschen zusammenleben, ohne sich durch Religion oder Nationalität spalten zu lassen. Genau das ist auch der Grund, warum sie so oft Angriffen der nationalistischen Armeen ausgesetzt sind.
Mittlerweile sind in vielen europäischen Ländern Gruppen der International Workers Aid entstanden. Uns geht es jetzt darum Nachfolgekonvois zu organisieren, um der Bevölkerung von Tuzla in der schwierigen Versorgungslage, insbesondere seit Wintereinbruch, zu helfen.
Aber Hilfslieferungen auf dem Landweg zu befördern ist sowohl eine gefährliche als auch zeitraubende Angelegenheit. In Tuzla gibt es einen voll funktionsfähigen Flughafen. Der jedoch ist von den UN-Truppen für Hilfslieferungen gesperrt worden und das, obwohl er täglich von UN-Flugzeugen benutzt wird - zur Versorgung ausschließlich der dort stationierten UN-Einheiten. Deshalb fordern wir:

**Sofortige Öffnung des Tuzlaer Flughafens!**

Solange es uns nicht gelingt die Öffnung des Flughafens durchzusetzen, so lange werden wir regelmäßige Konvois organisieren.

Unsere Initiative bedeutet für uns konkrete Solidarität mit der Bevölkerung, gegen die der Krieg geplant und organisiert wurde und wird. Mit denen, die fliehen mußten - in der Region um Tuzla sind über die Hälfte der Bevölkerung Flüchtlinge. Mit den Frauen, deren soziale Stellung besonders scharf angegriffen wird, die systematischen Vergewaltigungen ausgesetzt werden, die den größten Teil der Flüchtlinge ausmachen - die aber auch das Rückgrat des Kampfs gegen den Krieg sind. Das Überleben der Stadt Tuzla kann all jenen Menschen im ehemaligen Jugoslawien Mut machen, die gegen den Krieg sind, die gegen die sog. "ethnischen Säuberungen" etwas tun wollen und die gegen die Versuche, die soziale und wirtschaftliche Situation mittels Krieg und Diktatur umzustrukturieren, kämpfen wollen.

Wenn Sie uns unterstützen wollen, dann können Sie:
- Dieses Flugblatt weitergeben, mit Ihren Freunden und Freundinnen darüber reden

- Sich aktiv an der Kampagne beteiligen, z.B. Unterstützungsgruppen bilden in der Schule, im Betrieb...

- Spenden auf unser Konto: Herrmann Nehls, Postgiroamt Berlin BLZ 100 100 10, Kto.Nr.: 257 666 100, Stichwort: Bosnien

**Solidarität mit den ArbeiterInnen auf dem Balkan**

**Solidarität mit dem anti-nationalistischen Bosnien**

**Stopp den "ethnischen Säuberungen" und "ethnischen Vertreibungen"**

**Bleiberecht und freie Einreise für alle Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien**

Weitere Informationen gibt es entweder unter der Telefonnummer: Berlin 217 65 30 - oder direkt bei uns: wir treffen uns mittwochs um $19^{30}$ Uhr im
Südosteuropa-Zentrum
Großbeerenstr.88
10963 Berlin
U-Bhf Möckernbrücke

**Internationaler Aktionstag für die Öffnung des Tuzlaer Flughafens**
**Kundgebung**
**Samstag 29.1.94, $14^{00}$ Uhr**
**Platz der Luftbrücke**
**(Flughafen Tempelhof)**

International Workers Aid for Bosnia, c/o Südosteuropa Zentrum, Großbeerenstr 88, 10963 Berlin

**Donnerstag 27.1**
Kiezküche im neuen Stadtteilladen Neukölln (ex-Lunte): heute Rigatoni al Gorgonzola, ab jetzt jeden Donnerstag Kiezküche

**Freitag 28.1**
Videokino Anschlag 21.00
Mexico-Filmreihe:
Die Illusion fährt mit der Straßenbahn (Mex.53/R.: L.Bunuel)
Kreutzigerstr. 18, Fhain

19.00 bis 22.00 Kinderbauernhofdisco für Kinder (und Erwachsene)

22.00 Soliparty für die Antifa Cottbus
beides im SO 36

22.00 Soliparty für die gefangenen Antifas im Cafe Subsersiv, Brunnenstraße 7 (U-Bhf Rosenthaler Platz)

22.00 Soliparty für die inhaftierten und gesuchten Antifas, im Fischladen, Rigaer Str.83

**Samstag 29.1.**
14.00 intern. Aktionstag für die Öffnung des Tuzlaer Flughafens Kundgebung am Platz der Luftbrücke

22.00 Soli-Party für die Antifa-Gefangenen mit Konzert: Koroshi (Hardcore), AAARSH (Punk), Hagasash (Hip Hop) und special guests in der KÖPI 137

**Sonntag 30.1.**
21.00 Videokino Anschlag
Mexico-Filmreihe:
Viva Zapata (USA 51, R,: E.Kazan
Kreutziger Str. 18, Fhain

Antifa Cafe Wedding
Film: "Die Juden wurden nicht vergast" von Jens Olaf Jersild
Osloerstr. 12 (Uhrzeit ?)

**Montag 31.1.**
20.30 Frauen-Cafe im XB-Liebig:
Infos über sog. Lebensschützerinnen Ideologie und Hintergründe
Liebigstr. 34, Fnain

21.00 Videokino Anschlag
Filmreihe Leben und Arbeiten:
"Viele habe ich erkannt"
Berlin 92/autofocus
Kreutziger Str.18, Fhain
+die beiden Filme "Germans in Marbuto" und "Fremdland"

**Dienstag 1.2.**
21.00 antifaschistischer Videofilm im Clash: "Rock auf Abwegen"
Uferstr. 13 im Wedding

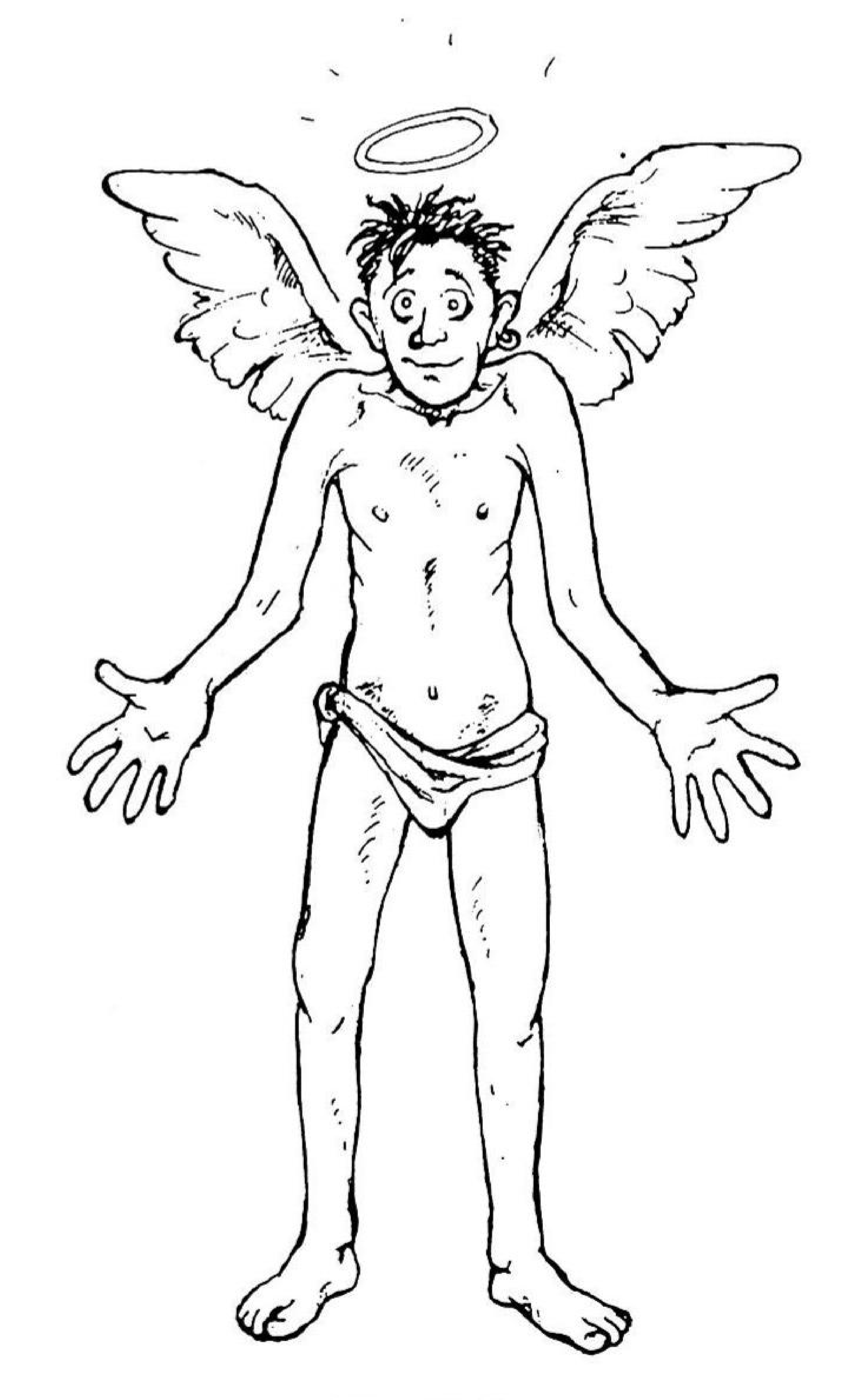
18.00 "Das braune Netz zerschlagen" zur faschistischen Organisierung in den USA, Veranstaltung im OSI, Hörsaal B, Ihnestr. 21

**Mittwoch 2.2.**
21.00 Videokino Anschlag
Filmreihe Leben und Arbeiten
"Viele habe ich erkannt" +
"Germans in Mabuto" + "Fremdland"
Kreutzigerstr. 18, Fhain

**Freitag 4.2.**
20.00 "Still black, still strong" zum Kampf und zur Situation der Political Prisoners in den USA im Mehringhof, Blauer Salon, Gneisenaustraße 2a

20.00 "Gorleben vergessen? - Ausstieg durch Boykott?" -Baustopp in Gorleben zu erwarten? -wird das Zwischenlager zum Endlager? -aktuelle Informationen zum Siemensboykott, Ort: KAA 14
Kurfürstenstr. 14, 10961 Berlin

ständige Termine:
Frühstücks-Cafe im XB-Liebig
mittwochs 10.00, Liebigstr. 34
Frühstücks-Cafe in der Grüni
sonntags 11.00, Grünbergerstr. 73




Für alle Männer, die sich beschwert haben, weil wir ihnen das "Disarm Rapists" - T-shirt nicht verkaufen.
Männer, die es auf T-shirt gedruckt bestellen wollen, schreiben an: r.a.t. Gneisenaustr.2a
10961 Berlin






Rache für Rosa und Karl

Wir haben den alten Sack wieder rausgefischt.
Obwohl er eigentlich wirklich in den Landwehrkanal gehört. Es ist nämlich so, daß Friedrich Ebert ein Hohlkopf ist. Deshalb ist er nicht untergegangen, sondern weggeschwommen.
Der Renegat Friedrich Ebert ist jetzt wieder in unserer Hand. Sollten die rechten Ideologen weiterhin versuchen das Berliner Stadtbild hauptstadttauglich umzugestallten –sei es durch die Errichtung weiterer Nationaler Gedenkstätten oder die Umbennenung von Straßennamen– werden wir nicht zögern, durch Demontageaktionen einzugreifen.
Friedrich Ebert kommt dann auf jeden Fall wieder in den Landwehrkanal.
Und da bleibt er auch.

Autonome Gruppen